

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreieckstr. 3

66. Jahrgang

Berlin, den 4. Februar 1928

Nummer 10

Lehren aus der Statistik der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft

III.

Nicht weniger lehrreich als die in den vorausgegangenen zwei Heften zusammengefaßten Resultate der wichtigsten technischen, beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im deutschen Buchdruckgewerbe sind die Ergebnisse der berufsgenossenschaftlichen Statistik bezüglich der geographischen Verteilung der Buchdruckergehilfen und -Lehrlinge auf die einzelnen Sektionen der Berufsgenossenschaft, wie sie aus folgender Tabelle zu ersehen sind.

VI. Geographische Verteilung der Buchdruckergehilfen und -Lehrlinge im Jahre 1926

Sektion*	Vorort	Von je 100 Personen der einzelnen Berufsgruppen waren in den betreffenden Sektionen beschäftigt						Je ein Lehrling entfällt auf?		
		Handsetzer	Maschinensetzer	Schnellschreibmaschinen	Rotationsmaschinen	Drucker	Druckere	Gehilfe	Druckere	
I	Hannover	8	13	15	9	6	7	7	4	4
II	Köln	13	15	9	12	15	14	16	7	7
III	Frankfurt a. M.	6	6	6	6	6	7	7	4	4
IV	Stuttgart	9	10	10	8	8	10	12	4	4
V	München	8	8	8	8	8	10	10	4	4
VI	Galle	10	10	10	6	6	10	10	4	4
VII	Schiff	14	14	14	11	11	13	13	4	4
VIII	Berlin	15	15	15	23	23	12	14	5	5
IX	Breslau	5	5	5	4	4	6	6	4	4
X	Hamburg	5	5	5	5	5	7	7	4	4
XI	Stettin	5	5	5	4	4	6	6	4	4
Im Reichsdurchschnitt									4	3

* 1. Rheinisch-Westfälischer für das ganze Reich 30 390, 2. 10 221, 3. Schnellpressen- und Legedruck 15 207, Rotationsdrucker 2412, 4. Schreibröhre 11 398, Druckerlehrlinge 5440, 5. Hand- und Maschinensetzer zusammengeschnitten, 6. einschließlich Rotationsdrucker.

* Die in Frage kommenden elf Sektionen der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft umfassen das ganze Reichsgebiet in folgender Gewandlung:

Sektion I umfaßt die Provinz Hannover (ohne die Glinde, die Stadtkreise Carburg, Buxtehude, Stade, die Kreise Dorf, Glade, Schöningen, Verhans und Adeln), das Land Oldenburg (ohne die Landgebiete Birkenfeld und Albed), das Land Braunschweig (ohne den Kreis Blankenburg), die freie und Hansestadt Bremen und Gebiet, die Länder Schaumburg-Lippe und Lippe, den Kreis Grafschaft Schaumburg (Kreis Münden), und von der Provinz Westfalen den Regierungsbezirk Minden mit Ausnahme der Kreise Weidenbrunn (ohne Gitterstoh), Vaderborn, Bielefeld und Warburg.

Sektion II umfaßt die Rheinprovinz (ohne die Spohren- und Aachenlande und den Kreis Weimar), von der Provinz Westfalen den Regierungsbezirk Münster und Arnberg und vom Regierungsbezirk Minden die Kreise Weidenbrunn (ohne Gitterstoh), Vaderborn, Bielefeld und Warburg, und das oberbayerische Landesgebiet Birkenfeld.

Sektion III umfaßt die Provinz Hessen-Nassau (ohne die Kreise Grafschaft Schaumburg und Grafschaft Schmalkalden), die Länder Waldeck und Hessen (ohne Wimpfen) und den Kreis Weimar.

Sektion IV umfaßt die Länder Württemberg und Baden, die Hohenzollernschen Lande, die Pfalz und Württemberg.

Sektion V umfaßt das Land Bayern (ohne die Pfalz), Sektion VI umfaßt die Provinz Sachsen, die Länder Thüringen und Anhalt, den Kreis Grafschaft Schmalkalden und vom Lande Braunschweig den Kreis Blankenburg.

Sektion VII umfaßt das Land Sachsen.

Sektion VIII umfaßt Berlin sowie die Landkreise Nieder-Barnim und Teltow.

Sektion IX umfaßt die Provinzen Ober- und Nieder-Sachsen und von der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen die Kreise Frankfurt, Bromk, Meseritz und Schwettin a. d. W. und den südlichen Teil des Regierungsbezirks Frankfurt a. d. W., umfassen die Kreise Ludan, Kalan, Sremberg Sorau, Kottbus, Hübchen, Guben, Treppen, Müllhans-Schneidewitz sowie die Stadtkreise Königs, Forst und Ucker.

Sektion X umfaßt die freie und Hansestadt Hamburg und das Hamburger Landesgebiet, die Württemberg, die Stadtkreise Carburg, Buxtehude, Stade, die Kreise Dorf, Glade, Schöningen, Verhans und Adeln, die Provinz Schleswig-Holstein, die Länder Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, die freie und Hansestadt Albed und Gebiet und das oberbayerische Landesgebiet Albed.

Sektion XI umfaßt die Provinzen Ostpreußen, Pommern und Brandenburg (ohne die Sektionen VIII und IX angeordneten Kreise) sowie von der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen die Kreise Schönow, Ratow, Deutsch-Krone, Stadt Schneidemühl und den Westkreis.

Wir haben die in vorstehender Tabelle auf gezeichneten Feststellungen der berufsgenossenschaftlichen Statistik

mit jenen der am 8. November 1926 aufgenommenen Verbandsstatistik verglichen und für beide Erhebungen eine nahezu restlose Übereinstimmung der Endresultate gefunden, was als Bestätigung ihrer Zuverlässigkeit beurteilt werden kann. Ein Vergleich der Zahlen in den Spalten 3, 4 und 6 zeigt, daß die Sektionen II (Rheinland) und VIII (Berlin) bezüglich Maschinensetzer und Rotationsdrucker an der Spitze stehen, wobei die Sektion II bezüglich der Maschinensetzerzahl relativ Berlin noch überflügelt, wenn man die Zahl der Handsetzer dazu in Vergleich stellt. Die Sektion VII (Sachsen) zeigt auch hier wieder ihre relative Überlegenheit auf dem Gebiete des Handsetzes im Vergleich zur Maschinensetzerzahl. Fast ein Drittel aller Rotationsdrucker ist in der Zeitungsstadt Berlin beschäftigt. Daß die Sektion II (Rheinland) aber in der Zahl der Druckerlehrlinge den Reichsdurchschnitt um ein volles Drittel übersteigt, läßt nicht gerade auf gesunde Verhältnisse auf diesem Gebiete schließen.

Unterzieht man nun als Ergänzung der geographischen Berufsgruppenverteilung im Buchdruckgewerbe auch noch die Entlohnung oder Wochenverdienste innerhalb der einzelnen Sektionen einer näheren Untersuchung, so kann man auch hier sehr charakteristische Unterschiede je nach Land und Beruf feststellen. Wie schon im zweiten Artikel erwähnt, erstrecken sich die alljährlichen Lohnerhebungen der Berufsgenossenschaft auf den gesamten zur Auszahlung gelangenden Arbeitsverdienst der besonders angeführten Berufsgruppen, also einschließlich Überstundenverdienst und überörtlicher Entlohnung. Auf Grund der Ergebnisse der Verbandsstatistik haben wir festgestellt, daß für das Jahr 1926 etwa die Hälfte des von der Berufsgenossenschaft ermittelten überörtlichen Wochenverdienstes auf Überstundenverdienste entfällt. Überträgt man die gleiche Berechnung auf die einzelnen Sektionen der Berufsgenossenschaft, so ergeben sich folgende Resultate bezüglich der Höhe der überörtlichen Entlohnung auf der Grundlage des reichsdurchschnittlichen Tariflohnes für die Hand- und Maschinensetzer sowie für die Drucker.

VII. Überörtliche Entlohnung der Handsetzer, Maschinensetzer und Drucker im Bereiche der einzelnen Sektionen der Berufsgenossenschaft im Jahre 1926

Sektion	Vorort	Prozent + über oder - unter Tariflohn Reichsdurchschnitt			
		Handsetzer	Maschinensetzer	Drucker an Schnell- und Legedruck	Drucker an Rotationsmaschinen
I	Hannover	+ 4	+ 8	+ 4	+ 19
II	Köln	+ 10	+ 20	+ 6	+ 33
III	Frankfurt a. M.	+ 4	+ 10	+ 3	+ 19
IV	Stuttgart	+ 6	+ 11	+ 5	+ 10
V	München	+ 3	+ 8	+ 4	+ 20
VI	Galle	- 1	+ 6	- 1	+ 13
VII	Schiff	+ 0	+ 11	+ 8	+ 20
VIII	Berlin	+ 15	+ 33	+ 18	+ 39
IX	Breslau	- 2	+ 3	- 1	+ 11
X	Hamburg	+ 9	+ 12	+ 9	+ 27
XI	Stettin	- 1	+ 6	+ 1	+ 16
Reichsdurchschnitt		+ 8	+ 15	+ 0	+ 28
Gehilfenzahl im Reichsdurchschnitt		50 Proz., 15 Proz., 23 Proz., 3 Proz.			

Für die Gesamtzahl aller Gehilfen hat die Verbandsstatistik vom 8. November 1926 an überörtlicher Entlohnung einen Reichsdurchschnitt von 13,5 Proz. ergeben; nach der berufsgenossenschaftlichen Statistik für 1926 sind es jedoch nicht ganz 10 Proz. Die Differenz dürfte darauf zurückzuführen sein, daß sich die Verbandsstatistik auf einen einzelnen Stichtag beschränkt, während die berufsgenossenschaftliche Statistik das ganze Jahr mit 300 Arbeitstagen umfaßte und demnach einen Jahresdurchschnitt ergab, der

die Wirkung saisonartiger Tiefpunkte enthält und dementsprechend niedrigere Zahlen aufweisen mußte als die Verbandsstatistik, die nur in eine Zeit guter Geschäftsganges fiel. Immerhin bestätigt auch die Statistik der Berufsgenossenschaft, daß sich die überörtliche Entlohnung für 80 Proz. der Gehilfen in sehr mäßigen Grenzen (nur bis zu 10 Proz. des Tariflohnes im Reichsdurchschnitt) bewegte, und daß unter den elf Sektionen der Berufsgenossenschaft die Hälfte nur etwa 5 Proz. über Tariflohn im Durchschnitt zu verzeichnen hatte, drei Sektionen sogar noch unter dem Reichsdurchschnitt blieben.

Als wertvolles Vergleichsmaterial bezüglich der überörtlichen Entlohnung auf geographischer Grundlage fügen wir den vorstehenden Umrechnungen aus der berufsgenossenschaftlichen Statistik noch die diesbezüglichen Ergebnisse der Verbandsstatistik vom 8. November 1926 in folgender Tabelle hinzu:

VIII. Entlohnung der Gehilfen nach der Verbandsstatistik vom 8. November 1926

Gau	zum Tariflohn	Von je 100 Gehilfen wurden entlohnt										Prozent über Entlohnung über Tarif
		über Tariflohn										
		1 bis 2	2 bis 4	4 bis 6	6 bis 8	8 bis 10	10 bis 15	15 bis 20	20 bis 30	30 bis 40	40 bis 50	
Wägen	2,5	8,1	15,4	15,7	11,3	8,7	8,7	6,8	11,0			
Verthe	3,3	3,6	7,9	12,6	12,1	10,0	17,8	27,1	23,1			
Danzig	32,4	6,5	11,5	15,8	6,8	11,5	11,2	4,7	10,4			
Dresden	21,6	12,0	20,1	17,1	10,2	5,9	8,0	5,9	9,5			
Ergeb. Vogtl.	35,0	10,6	14,8	12,8	7,8	5,4	7,4	5,9	8,6			
Frankfurt-Gesf.	25,0	7,3	12,2	15,6	10,0	9,2	10,6	8,5	11,9			
Gamb.-Altona	7,0	2,3	8,2	12,9	14,3	19,7	24,0	11,6	18,5			
Hannover	25,4	9,0	17,0	16,0	10,3	8,5	9,0	4,4	10,1			
Kelzig	3,7	4,0	12,8	17,9	21,0	13,5	15,2	5,8	14,5			
Meseritz, Albed	10,4	11,7	18,7	17,7	14,3	8,6	7,3	3,8	9,8			
Mittelsachsen	23,5	7,4	16,7	17,1	10,9	9,4	8,7	6,1	11,0			
Odernest	11,1	4,2	15,7	19,8	16,8	13,3	11,7	7,5	13,8			
Ober- und Nieder-Elbe	12,4	7,4	12,9	14,4	11,0	8,9	14,0	10,1	13,4			
Ober- und Nieder-Elbe	29,7	9,0	18,3	15,7	9,1	7,3	6,1	4,8	9,1			
Ostpreußen	31,7	8,3	18,4	14,2	9,9	6,0	6,1	5,4	9,1			
Rheinl.-Westf.	19,0	5,2	10,7	13,3	11,1	9,9	14,5	15,5	15,7			
Vn der Enale	30,7	12,9	17,8	14,0	7,8	6,5	6,2	3,6	8,3			
Sarggabel	5,9	5,9	10,6	23,6	26,4	10,1	9,5	3,1	18,2			
Schlesien	32,2	13,7	18,9	13,9	7,0	5,7	4,3	1,9	7,0			
Schlesw.-Holst.	17,2	9,5	19,9	15,2	10,3	9,9	12,5	5,1	11,7			
Schlesw.-Holst.	27,3	14,0	19,7	13,0	7,9	5,4	6,5	4,3	8,5			
Württemberg	18,1	7,5	17,0	16,8	13,4	12,1	11,5	7,9	13,3			
Reichsdurchschnitt*	18,3	7,4	14,1	14,9	11,8	9,5	11,7	10,3	13,5			

* Nach der Gesamtzahl der auf jede Spalte entfallenden Gehilfenzahl im Reichsgebiet berechnet.

Für einen durchgehenden Vergleich der Feststellungen in vorstehender Tabelle mit jenen der Berufsgenossenschaft wäre zunächst Bedingung, daß man die Ziffern der auf jede Sektion der Berufsgenossenschaft entfallenden Verbandsziffern zusammenzieht. Der Kürze halber und nachdem einige Stichproben uns bestätigt haben, daß die Differenzen verhältnismäßig neben-sächlichster Natur sind, nehmen wir aber davon Abstand. Auch die Verbandsstatistik bestätigt die Wichtigkeit der berufsgenossenschaftlichen Ergebnisse bezüglich der Rückständigkeit gewisser Landesteile in der Lohnfrage. Und beide Statistiken bestätigen übereinstimmend, daß die überörtliche Entlohnung sich im Reichsdurchschnitt in sehr mäßigen Grenzen hält, was auch durch teilweise günstigere Verhältnisse für etwa 20 Proz. der Gehilfen besonderer Spezialgruppen, wie Maschinensetzer, Rotations-, Stereotypen- und Korrektoren, nicht gebessert wird, sondern für etwa 80 Proz. der gesamten Gehilfenschaft die überörtliche Entlohnung im Durchschnitt auf knapp 10 Proz. des Tariflohnes reduziert. Inwieweit dazu noch die unterschiedlichen Betriebsbedingungen beitragen, ist ein Kapitel für sich und soll in einem weiteren Artikel abschließend beleuchtet werden.

Aufruf zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1928

Die Wahlzeit der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März/April 1928 ab.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1928 sind daher von den Ortsauschüssen des ADGB und den Ortskartellen des IFA-Bundes in den Monaten Februar und März 1928 gemeinsam durchzuführen. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die

Bestellung eines Wahlvorstandes

vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, die Betriebsinhaber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1927 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen, ebenso handelt es sich in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongreßbeschlüsse nicht anerkennen.

Maßgebend für die Durchführung der Wahlen sowohl für die Arbeiter als auch für die Angestellten sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll S. 419/420)* und die Richtlinien des IFA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierte oder offener Form parteipolitische Wahlen anzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongreßbeschlüsse nicht anerkennen.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand in Betriebe auf Kosten des Unternehmers herstellen zu lassen. Ein Merkblatt für die Durchführung der Wahlen und Muster für die notwendigen Formulare können durch die Ortsauschüsse und die Ortskartelle von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Nr. 6, Berlin S 14, bezogen werden.

Auch das Jahr 1927 hat im Zeichen schwerer wirtschaftlicher Kämpfe gestanden. Die Unternehmer glaubten durch die Gründung von Werkeräten die Macht der Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten schwächen und damit die Arbeitsbedingungen verschlechtern zu können. Daß diese Bestrebungen keinen Erfolg haben werden, ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß die Gewerkschaften im Jahre 1927 Hunderttausende neuer Mitglieder gewonnen haben. Es gilt, die Reihen der Gewerkschaften weiter zu stärken, die Unorganisierten sind aufzuklären und zu tätigen Gewerkschaftsmittgliedern zu erziehen.

Die Wahlparole für die Betriebsrätenwahlen 1928 ist: Für wirkliches Mitbestimmungsrecht durch die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten! Gegen Werksgemeinschaften und gegen die Zersplitterung der Kampfkraft der Arbeiterklasse! Berlin, 1. Februar 1928.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund.

* Die hier in Frage kommende Entschlüsselung des Gewerkschaftskongresses in Leipzig im Jahre 1922 zur einheitlichen Gestaltung der Neuwahlen der Betriebsvertretungen hat folgenden Wortlaut: 1. Die Gewerkschaften haben die Wahlen zu den Betriebsräten planmäßig vorzubereiten. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften, wobei die verschiedenen Berufsgruppen, die im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer bei der Zusammenfassung des Betriebsrates nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Ein in dem Betriebe mehrerer Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen. 2. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB angehören oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der IFA angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tätigkeit, geistige Arbeitskraft und gewerkschaftliche Erfahrung maßgebend sein. 3. Die Wahlen zu den Betriebsräten sind ein selbständiges Vorrecht der Gewerkschaften des ADGB, insbesondere die Gewerkschaften, die mit den Betriebsräten der IFA zusammenarbeiten, Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaften und Organisationen sind zu vermeiden. 4. Die für einen Betrieb für gewerkschaftliche Zweckzwecke nach dieser Richtlinie aufgestellten Listen sind für die Gewerkschaften des ADGB, die als Kandidaten auf einer Wahlliste aufstellen, gelten.

60 Jahre Ortsverein Oppeln

Am 15. Januar 1928 feierte der Ortsverein Oppeln (O.S.) das 60. Jahrestag seines Bestehens. Aus kleinste Anfängen heraus hat sich der Ortsverein in dieser langen Zeit in langamer Aufwärtsentwicklung zum heutigen festen Glied innerhalb unserer Organisation entwickeln können. Wie überall, so ist auch der Ortsverein Oppeln in den ersten Jahren seines Bestehens von der Bekämpfung durch Behörden und Unternehmer nicht verschont geblieben. Zweimätliger Namenswechsel war erforderlich, vom „Buchdruckerunterstützungsverein“ zum „Oppelner Buchdrucker-Gesellenverein“, um endlich als „Ortsverein Oppeln W. d. d. B.“ sich frei entfalten zu können. Oftmals war es auch hier den Kollegen nur möglich, unter Ablegung ihrer Verbandsgliederung Arbeit in einzelnen Druckereien zu erhalten. Doch die Zeit wirkte auch hier mildernd, so daß nach einigen Rückschlägen immer wieder eine feste Betriebsentwicklung zu beobachten war. In zielbewusster Arbeit wollten wir dafür sorgen, daß dies auch weiterhin so bleibt.

Das Fest selbst nahm einen sehr schönen Verlauf und wird für die Oppelner Buchdrucker stets eine gute Erinnerung sein. Ab 4 Uhr nachmittags versammelte sich die Oppelner Kollegenschaft mit ihren Gästen im festlich geschmückten Bornschens Saale. Nach einleitenden Konzertstücken, ausgeführt vom Oppelner Orchesterverein, und einer Begrüßungsansprache seitens des Vorsitzenden wurde durch Vortrag eines Protolls der offizielle Teil eröffnet. Nachdem vom Gesangsverein „Gutenberg“ (Brieg), welcher kollegialerweise für das Fest die Mitwirkung zugesagt hatte, zwei Chöre tadellos zu Gehör gebracht worden waren, nahm unser Gauvorsteher Fiedler (Wreslau) das Wort zu seiner Festrede. In treffenden Worten die Geschichte des Ortsvereins einschneidend, schilderte er die Entwicklung und das erfolgreiche Wirken unserer Organisation für die Kollegenschaft, die dadurch vorbildlich für die gesamte Arbeiterbewegung wurde. Seine mit reichem Beiwerk aufgenommene Ausführungen gipfelten in einem Hoch auf unsern Verband und den Jubelverein. Von den andern oberbesessenen Städten, von denen leider nur Giesewitz und Reife durch Delegationen vertreten waren, wurden gleichfalls Glückwünsche dem Jubelverein übermittelt. Der Bezirksverein Brieg sprach durch den Bezirksvorsitzenden Spienow dem Ortsverein gleichfalls die Glückwünsche aus und überreichte als Ehrengabe eine wundervolle Bronzetafel mit Gongschlag. Auch der Ortsverein Brieg stiftete zur Erinnerung einen silbernen Pokal mit Widmung. Kol-

lege Koj (Oppeln) überreichte ein schönes Ölgemälde, „Gutenberg prüft den ersten Druck“ darstellend. Allen den edlen Spendern sei nochmals auf diesem Wege bestens gedankt. Nachdem noch die eingegangenen Glückwunschschriften und Telegramme, als erstes das des Verbandsvorstandes Berlin, zur Verlesung gebracht worden waren, wechselte die Festsolge in Gesangsvorträgen und Konzert. Auch dem Humor wurde im zweiten Teil zu seinem Rechte verholfen, so daß der Ausklang der Feyer ein fröhlicher war, getrübt nur durch den Umstand, daß die auswärtigen Kollegen und zu fast verlassen mußten. Bis in die frühen Morgenstunden wurde dann fleißig das Langbein geschwungen, und jeder ging mit dem Bewußtsein dann heimwärts, einen schönen Tag erlebt zu haben. Dem Ortsverein soll dieser Tag aber ein Ansporn sein und bleiben, fernherhin stets mit ganzer Kraft mitzuarbeiten am weiteren Ausbau unserer Organisation.

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Die am 1. Januar 1928 zur Wiedereinführung gelangte Reiseunterstützung und die mit der Freigabe der Grenze wiederhergestellte Freizügigkeit, in Verbindung mit der damaligen schlechten Konjunktur im Reich, brachte eine Menge wandernder deutscher Verbandskollegen nach den schönen Alpenländern Österreichs. Der Österreichische Reichsverein zahlte im ersten Jahre an die deutschen Verbandsmitglieder für 10 156 Tage 14 224,40 Schilling an Reiseunterstützung (an österreichische Kollegen im gleichen Jahre für 1957 Tage 2739,80 Schilling und an Mitglieder anderer gegenseitiger Verbände für 941 Tage 1310,80 Schilling). Der Österreichische Reichsverein (7400 Gehilfenmitglieder) brachte 1926 um etwa 1000 Schilling mehr Reiseunterstützung an ausländische Kollegen zur Auszahlung als der deutsche Verband (80 000 Mitglieder); der Reichsverein erklärte beim letzten Internationalen Buchdruckerkongreß in Paris dies als ein Mißverhältnis und eine auf die Dauer untragbare Belastung und stellte bekanntlich den Antrag, zwischen den Verbänden für die Reiseunterstützung ein sogenanntes Rückvergütungsabkommen zu schließen. Solche Rückvergütungsanträge haben auch schon frühere Kongresse beschäftigt, wurden aber jedesmal mit der Begründung abgelehnt, daß dies einem Mangel an internationaler Solidarität gleichkäme. Die Vertreter des deutschen Verbandes erklärten in Paris, daß die österreichischen Kollegen zu schwarz fäßen, der deutsche Verband aber nichtsdestoweniger bereit sei, in der

Statumsfrage mit dem Reichsverein eine Vereinbarung zu treffen und so mit ihm wieder unter einen Hut zu kommen. Daraufhin zogen die österreichischen Delegierten ihren Antrag zurück. In der Tat zeigen die Ziffern des Jahres 1927 schon ein wesentlich andres Bild: Im Januar wurden an 4, im Februar an 6, im März an 5, im April an 4, im Mai an 33, im Juni an 51, im Juli an 92, im August an 83, im September an 50, im Oktober an 17, im November an 8 und im Dezember an 4 reichsdeutsche Verbandskollegen für 5090 Tage 7134,40 Schilling an Reiseunterstützung ausbezahlt (an österreichische Verbandsmitglieder im verfloßenen Jahre für 1297 Tage 1615,80 Schilling, an Mitglieder anderer gegenseitiger Verbände für 1230 Tage 1738,80 Schilling); die an reichsdeutsche Mitglieder ausgezahlte Reiseunterstützung hat sich also gegenüber 1926 um die Hälfte verringert. Zum Vergleich seien diesen Ziffern die Ausgaben des deutschen Verbandes für 48 reisende Mitglieder aus Österreich im vergangenen Jahre gegenübergestellt: An Reiseunterstützung haben diese Kollegen erhalten: für 2556 Tage à 1,25 M. = 3207,50 M., für 615 Tage à 1,75 M. = 1076,25 M., zusammen also für 3171 Reisetage 4283,75 M. (etwa 7218 Schilling). Aus diesen Ziffern geht klar hervor, daß zwar weniger Österreicher nach Deutschland kommen als umgekehrt, daß die Österreicher aber in Deutschland mehr Reiselage — pro Kopf gerechnet — nachzuweisen haben und dort eine höhere Reiseunterstützung erhalten (in Österreich pro Reisetag 1,40 Schilling, in Deutschland pro Reisetag umgerechnet etwa 1,90 bzw. 2,96 Schilling). Von den 48 Reisenden aus Österreich erhielten außerdem 9 die Krankenunterstützung für 180 Tage, die — da fast nur Krankenhauskosten in Frage kommen — mit etwa 1000 M. veranschlagt werden können. Gerechtweise muß ohne weiteres angegeben werden, daß es den reisenden österreichischen Kollegen in Deutschland viel eher möglich ist, in Kondition zu treten als umgekehrt den deutschen reisenden Kollegen in Österreich, wo eine Arbeitsvermittlung nur durch den Arbeitsnachweis erfolgen kann. Von den 48 Österreichern nämlich sind auf ihrer Reise 29 in Deutschland in Beschäftigung getreten, und zwar 44mal; 28 Konditionen haben 271 Wochen gebauert, weiter 16 Konditionen reichten in das noch nicht abgeschlossene vierte Quartal, so daß deren Dauer noch nicht festgestellt werden kann.

Schweiz. In dem Konflikt der Sektion Basel mit dem Gewerkschaftsbund ist nun insofern eine Entspannung eingetreten, als eine Sektionsversammlung mit knapper Mehrheit auf Antrag des Vorstandes beschloß, die Beiträge für das alte kommunikativ Kartell einzustellen. Der Beitritt zu dem neuen Gewerkschaftskartell soll aber erst vollzogen werden, wenn dessen Statuten so revidiert sind, daß alle Gewerkschaftsaktionen Basels sich dem Kartell anschließen können. Man wird nun abwarten müssen, wie die Berühmtheiten des Kartells, die die Kommunisten ihre Wahlarbeit forschen werden, darüber besteht kein Zweifel. — Der Buchdruckerverein kämpft gegenwärtig einen schweren, aber ziemlich erfolgreichen Kampf gegen die sogenannten Gratis- und Zeitschriftenblätter, die in verhöflichen Orten empor-sprechen, also Blätter, die gratis in den Familien verteilt werden und sich nur von den Annoncen „ernähren“. So erschein seit letztem Jahr der „Schweizerische Beobachter“ mit wenig, aber dafür um so flüßigerem Text und unheimlich viel Inseraten in einer amtlich beglaubigten Auflage von 670 000, das will was heißen für die schweizerischen Verhältnisse. Die Gesittenshaft steht diesem Kampf einwilligen als Zuschauer mit Gewehr bei Fuß gegenüber; eine Entscheidung ist etwas schwierig für sie. Auf der einen Seite ist zu sagen, daß diese Blätter vermehrte Arbeitsgelegenheiten bringen, was ja nur erwünscht sein kann, auf der anderen Seite aber muß doch konstatiert werden, daß diese Gratisblätter der übrigen Tagespresse des Leben sauer machen, hauptsächlich im Begnehen der Inserate; also in Wirklichkeit eine Verringerung der Arbeit. — Im Verhältnis zu den meisten andern Ländern hat die Schweiz eine viel zu teure Lebenshaltung, als daß von einem Lohnabbau die Rede sein könnte, wie es ein gewisser Teil der Prinzipale erträumt. Die teure Lebenshaltung hat ihre Ursache nicht zuletzt in den hohen Zollmauern, die um die Alpenrepublik gezogen sind. So betragen die Zolleinnahmen des letzten Jahres rund 234 Millionen Franken bei 3,7 Millionen Einwohnern. Das ist doch gewiß allerhand!

Norwegen. Die 10. Hauptversammlung des nordwestlichen Verbandes findet am 26. März und folgende Tage in Oslo statt. Aus der Tagesordnung sind einige Punkte von allgemeinem Interesse. So z. B. ein Vorschlag des Ortsvereins Bergen zwecks engeren Zusammenarbeitens der graphischen Berufe und ein spezieller Antrag des Osloer Druckvereins betreffs einer Unterstützung über die Möglichkeit des Zusammenschlusses des Lithographenverbandes mit dem Buchdruckerverband. Von mehreren Seiten liegen Anträge zur Aufnahme der Sparvereine vor. Ein weiterer Antrag betrifft die Festlegung der Bezüge der Verbandsfunktionäre in einem gewissen Verhältnis zu den jeweiligen tariflichen Gehältern.

Belgien. Mit dem 16. Januar d. J. trat im belgischen Verbandsgebiet die neuerlichste Krantenunterstützung in Kraft. Die Leistungen sind probe-weise auf ein Jahr festgelegt wie folgt: für Vollmitglieder 9 Fr. täglich, Vehrlinge erster Kategorie 6 Fr., Vehrlinge zweiter Kategorie 4,50 Fr. täglich (den Sonntag ausgenommen). Diese Unterstützung wird gewährt während

60 Tagen im Jahr. Um unterstützungsberechtigt zu sein, muß man wenigstens 52 Beiträge geleistet haben. — Wie schon berichtet, ist zu Neujahr der erste Vorsitzende des Belgischen Typographenbundes, Kollege Charles Wat'erschoot, vom Berufe abgegangen. Das belgische Verbandsstatut bestimmt, daß in einem solchen Falle die Vorstandsmitglieder ihre Posten im Vorstande niederzulegen haben. Um in den jetzigen bewegten Zeiten nicht einen Führer zu verlieren, dem die belgische Organisation sozusagen alles verdankt, vereinigten sich am 26. Dezember vorigen Jahres die Delegierten zum Landeskongress am Sitz der Sektion Brüssel, um Kollegen Waterschoot zu bitten, auch fernertun sein Amt beizubehalten, wenigstens so lange, bis die Lage sich wieder etwas geläutert hat. Waterschoot gab dem Drängen seiner Freunde nach und versprach, nunmehr seine Zeit ausgiebiger noch als bisher in den Dienst der Organisation zu stellen. — In Sachen der Kampagne gegen die kommunistischen Führer der Sektion Brüssel haben die gegenwärtig die Sektion Brüssel leitet, hat der Spezialkongress vom 26. Dezember (in meiner durch Krankheit begründeten Abwesenheit) sich mit der Kampagne befaßt, die von mir im Verbandsorgan gegen die Zentralkomitee der Organisation geführt wurde. Vom Wunsch befehle, die Züge und den Kopf zu schonen, glaubten die Delegierten eine Tagesordnung votieren zu müssen, die für mich einen Tadel oder wenigstens eine Desavouierung bedeutet. Die Delegierten haben vielleicht damit wohlgetan, es ist das Geschmacklose. Wir wollen auch nicht unterfragen, ob die Kameraden mit ihrem Votum im Rahmen ihrer Befugnisse geblieben sind; als gutes Verbandsmitglied beugen wir uns unter den Beschluß. Aber wenn die Delegierten einen Augenblick der Meinung waren, daß Kollege Van Haesendonck vom selben Leder sei wie die Moskowiter, die sich ins Gesicht spucken lassen, mit Händen und Füßen sich an Ämtern anklamern, die sie täglich mehr sich entgleiten sehen, so haben sie sich getäuscht. Der Redakteur hat eine andre Auffassung betreffend Ehre und Ansehen. Bei Kenntnisnahme des Beschlusses des Kongresses haben wir sofort unser Amt in die Hände des Vorsitzenden zurückgegeben. Auf alle Fälle, mit oder ohne Zustimmung des Kongresses, sind wir glücklich, daß uns die Gelegenheit geboten war, die Mächtigsten der demagogischen Politik im Schoße des Verbandes an den Pranger zu stellen. Unsere Kampagne hat vielen Kollegen die Augen geöffnet, die kommunistische Hydra bei den Brüsseler Typographen hat Blei an den Füßeln, sie liegt in den letzten Zügen. Ihre definitive Erledigung ist eine Frage von kurzer Zeit; die Abräumung vom 4. und 5. Januar wird mit kräftiger Beise in den Reihen des Kommunismus aufräumen. Und die Säuberung wird diesmal durchgreifend und vollständig sein. Es wird die schönste Tat unserer gewerkschaftlichen Laufbahn sein, in weitem Maße zu dieser Säuberung beigetragen zu haben. Wir sehen uns dadurch belohnt für alle Enttäuschungen und Widerwärtigkeiten, die uns bei diesem Vorgehen in den Weg traten. Wir legen die Redaktion des Verbandsorgans nieder, nicht aber unser Amt als Vorstandsmitglied; die Kollegen werden uns auf der Brezse finden, wenn es sich darum handelt, ihre Interessen gegen die Ausbeuter jeder Art und gegen die Feinde der organisierten Arbeiterschaft zu verteidigen. Wir sagen nicht „Lebewohl“, sondern „Auf Wiedersehen.“ — Der Antrag, der diesem Entschluß des Kollegen Van Haesendonck herbeigeführt hat, lautet folgendermaßen: „Der Kongress vom 26. Dezember beauftragt den Delegierten der Sektion Brüssel, daß es feststeht, daß diese Kollegen ordnungsgemäß gewählt sind, sowohl für ihren Posten als Leiter der Sektion Brüssel als auch für die Vertretung dieser Sektion beim Landeskongress.“ Das Ergebnis der erwähnten Abräumung liegt bis jetzt noch nicht vor.

Frankreich. Nach Bekanntgabe der Absicht der Nationalversammlung, eine Einschränkung des Personalbestandes vorzunehmen, hat der Vorstand der Pariser Sektion des Bucharbeiterverbandes unverzüglich Schritte unternommen, damit dieses betrübliche Vorhaben unterbleibe. — Die Lohnbewegung in Lille hatte insoweit Erfolg, als die Minimalhöhe der jeweiligen Indizes entsprechend aufgebessert werden. Die bis jetzt gewährten Teuerungszulagen kommen in Wegfall. Um den Übergang nicht allzu brüsk zu gestalten, erfolgt die Lohnanpassung in drei Abschnitten. Gelegentlich der Tarifrenewierung wollen die Prinzipale in Lyon einen Abbau der bisherigen Löhne vornehmen. Die Geßlissen werden sich dem aufs äußerste widersetzen. Nach einem Streik von kurzer Dauer einigte man sich in Saint-Quentin auf einen Lohn von 6 Goldfranken pro Tag. Der günstige Abschluß der Lohnbewegung brachte dem Verband einen Zuwachs von 24 Mitgliedern. Infolge Veränderung der Indizes stellt sich der Tagelohn für Toulouse auf 34,65 Fr. Zwecks Anpassung der Löhne an die Teuerung, sind Bewegungen eingeleitet in Limoges, Algier, Konstantine, Tropes, Menton, Grenoble, Poitiers und Cambrai. — Der Stadtrat von Bordeaux hat beschlossen, der städtischen typographischen Fachschule den Namen Auguste Reufer zu geben zum Andenken an den früheren Generalsekretär des französischen Bucharbeiterverbandes. — Die Sektion Paris hat verschiedene Änderungen an ihrer Krankenzusatzklasse vorgenommen, die Verbesserungen in den verschiedenen Unterstützungsarten vorsehen.



Friedrich Arndts †

Am 31. Januar ist in Stuttgart ein Buchdruckerleben erloschen, das ganz den großen Gedanken des Organisationswesens geweiht war, das dem Verbandsorgane nahezu 63 Jahre gehörte und ihm recht viel gegeben hat. Wenn jemand im Patriarchenalter den Weg alles Menschlichen geht, dann ist lautes Klagen fehl, denn das Naturgesetz vollzieht sich erst spät. Der Schmerz über die Vergänglichkeit des Menschen verklärt sich zudem in dem Maße, wie wir die Gewißheit haben, daß seine Lebensarbeit einem unvergänglichen Werke gegolten hat, das dem Vergehen entzogen ist. So steht es um den Tod von Friedrich Arndts, einem in der Frühzeit der Organisation sehr regsamem Baumeister an dem jetzt so stolzen Verbandswerke. Vielseitig war sein Schaffen in unserm Organisationsapparat, erprobt seine Treue auf verantwortungsvollen Posten, anerkannt seine Bewährung auf vielerlei Gebieten, wogu auch die Mitarbeit an Arndts's bahnbrechender Gewerbestatistik zählt. Mit Friedrich Arndts ist jetzt der zeitrauendste Verbandsfunktionär (1872) aus dem Leben geschieden, nunmehr hat Hugo Bester in Berlin mit im Jahre 1874 begonnener Funktionstätigkeit dieses Alterspräsidium übernommen. In drei geschichtlichen Perioden der Organisation der Verbandsleitung anzugehören und neben den vier Verbandsvorsitzenden Härtel, Didolph, Sulz, Döblin an erster Stelle in ihr zu wirken, das ist allein dem „alten Arndts“ beschieden gewesen. Er hat es ja auch auf ein Alter von fast 83 Jahren gebracht und ist in geistiger Frische wie in männlicher Regsamkeit, die ihn immer auszeichnete, von uns gegangen. Ist Friedrich Arndts auch in manchem als Spiegelbild der Stuttgarter Verbandszeit und ihrer Menschen zu sehen gewesen, in keinem Betracht aber konnte er als ein Mann verdrönter Vergangenheit gelten.

Als im Jahre 1926 Verbandsstabsvollendung, Verbandsjubäum und Verbandsstabsjubäum als großes organisatorisches Ereignis vorbereitet wurden, da wollte der Verbandsvorstand diesem bewährten Vorkämpfer als Gastteilnehmer durch den Augenchein zeigen, was aus dem im September 1888 von Stuttgart nach Berlin übergestiegenen Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker im allgemeinen und wie im besonderen das neue Verbandsstabs zu einem Symbol der Größe und Stärke des jetzigen Verbandes geworden ist. Arndts mußte leider verzichten, weil ein beginnendes körperliches Gebrechen die strapazierende Reise nicht zuließ. Dafür legte sich aber der als geistiger Haudegen noch unermüdbare Alte hin und schrieb — konzeptlos! — in einem Begrüßungsartikel zum Verbandsstabs an Hand seiner organisatorischen Laufbahn ein Stück Verbands-geschichte für den „Korr.“ (Nr. 45, 46), das für alle Zeit wertvoll bleibt. Es ist zu empfinden, jetzt noch einmal zu lesen, in welcher Weise sich dieses bereits 1865 in Eisen organisatorisch einsetzende Buchdruckerleben dann im Ortsverein Stuttgart, im Gau Württemberg als dessen Vorsteher, im früheren Verbandsauschuß, als Verbandsstabsdelegierter von 1876 an, als Geßlissenvertreter für den Kreis XII in der ehemaligen Deutschen Tarifkommission, als Schriftführer, Hauptverwalter und Hauptkassierer im früheren Hauptvorstand des Verbandes (bis 1888) und nachdem als Verwalter der Zentralinvalidentasse (bis 1903) entwickelt und vollzogen hat. 29 Jahre davon gehören dem Wirken in der Verbandsleitung an! Dann hat (gebührender gepflogen) unser Fritz Arndts auch Verdienste um das Genossenschaftswesen: Die Stuttgarter Vereinsbuchdrucker (jetzt offene A.-G.) als Produkt des großen 1872er Stuttgarter Kampfes hatte in ihm einen eifrigen Förderer und langjähriges Aufsichtsratsmitglied, und im württembergischen Konjunkturvereinsverbande war er längere Zeit Revolutionsbeamter.

Nach seinem zwangsläufigen Ausscheiden aus den Ämtern unsrer Organisation unterhielt Fritz Arndts gern Briefwechsel mit der Redaktion des „Korr.“; auch hierbei als aufmerksamer Beobachter der Zeit und, wie im gesellschaftlichen Leben ebenfalls, sich als kluger, guter Mensch erweisend. Unsere Organisation hat nun in Fritz Arndts einen sehr verdienstvollen Toten mehr auf ihre Ehrenliste zu weisen — sein Arbeiten wirkte befruchtend auf alle, die zum Dienste an der Organisation berufen sind oder noch berufen werden!

Lohn und Wirtschaft

In den Köpfen vieler Unternehmer hat sich die Vorstellung eingeprägt, daß sich die Arbeiterschaft mit der Wiederherstellung des Fortriebsloshes auf lange Zeit zufriedengeben müsse. Als Maßstab für den Preisreallohn soll dabei der amtliche Index für Lebenshaltungskosten dienen, der für Dezember 1927 auf 151,3 stand. Man möchte also das alte Verfahren aus der ausgehenden Inflationszeit fortsetzen, in der Lohn und Index nebeneinander herlaufen, oder vielmehr der Lohn dem Index nachhinken und in seiner realen Kaufkraft schon aus diesem Grunde immer zurückbleiben. Ein hartnäckiges Festhalten solcher Methoden müßte sich geradezu zu einem Hindernis für eine gesunde Lohnpolitik auswachsen. Für die Höhe des Lohnes kann nicht ein willkürlicher Stand in der sogenannten guten alten Zeit, die in Wirklichkeit reichlich schlecht war, maßgebend sein, sondern einzig die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Gesichtspunkte, die die beste weitere Entwicklung sichern.

Bei den werktätigen Massen findet man übrigens häufig ein gewisses Mißtrauen gegen diesen amtlichen Index, der empfindlichen Preissteigerungen anscheinend sehr widerwillig folgt, dagegen bei einem geringen Nachgeben der Gemüts- und Kartoffelpreise um mehrere Punkte sinkt. Dieses Mißtrauen ist zum Teil berechtigt. Seine Zusammensetzung und das „Wiegen“ der Bestandteile, wie Miete, Nahrung, Kleidung usw., erfolgt nach den Bedürfnissen eines sogenannten Existenzminimums, also unter Berechnung der geringsten Ansprüche. Das hat zur Folge, daß beim Verbrauch besserer Ware, also beim Hineinwachsen in den vielgeforderten Qualitätsverbrauch, die Preissteigerung nicht ausreichend gemessen und gewogen wird, so daß heute der Index für die fortgeschrittensten Schichten der Arbeiterschaft, die in bezug auf Wohnung und Kleidung menschenwürdigere Ansprüche stellen, tatsächlich zu niedrig ist. Man muß auch beachten, daß heute vom Bruttolohn mehr Steuern und soziale Abgaben zu tragen sind als früher, so daß eine bloße Gegenüberstellung der Indizes für Lebenshaltungskosten und Bruttolohn, wie es jetzt üblich ist, kein richtiges Bild ergibt.

In vergangenen Jahr haben in der Öffentlichkeit und in wissenschaftlichen Kreisen mehrere Debatten über Lohnpolitik stattgefunden, von denen man annehmen darf, daß sie auch am Unternehmertum nicht spurlos vorübergegangen sind. Eine Sozialisierung von Amerikanerforschern hat uns den sehr wünschenswerten Vergleich mit den Vereinigten Staaten lebendig werden lassen, und im Schatten der amtlichen Konjunkturforschung ist das von ihr selbst völlig vernachlässigte Problem der Löhne in der Wirtschaft wissenschaftlichen Untersuchungen unterworfen worden. Es liegen auch Anzeichen dafür vor, daß in den Kreisen der Unternehmer die Stepsis gegen die alten Entlohnungsmethoden wächst. So sei nochmals an die Entschlebung des Industrie- und Handelsstages erinnert, die den Satz enthält: „Die Anpassung des Verbrauchs an die gesteigerte und steigende Erzeugung ist eine Sache der Einsicht und des guten Willens der Menschen.“ Oder an das Wort des Reichswirtschaftsministers Curtius: „Die Konjunktur hängt in den Angeln der Kaufkraft und der Kapitalversorgung.“ Es fragt sich nur, warum sich diese Erkenntnis so schwer in die Tat umsetzt.

Für den einzelnen Unternehmer ist der Lohn nur Selbstkostenbestandteil. Einstufige Unternehmer mögen auch seine Bedeutung für die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen des Arbeiters erkennen und berücksichtigen; aber auch dieser Gesichtspunkt ist noch rein privatwirtschaftlich. Für die Volkswirtschaft ist der Lohn der ausschlaggebende Bestandteil der allgemeinen Kaufkraft und damit bestimmend für den Gesamtabsatz. Hinzu kommt noch, daß der Lohn nicht nur den größten, sondern auch den für die heutige Technik günstigsten Bestandteil der Kaufkraft darstellt, nämlich Massenachfrage, die die verbilligende, genormte Massenproduktion ermöglicht.

Privatwirtschaftliche Interessen stehen schroff gegen volkswirtschaftliche. Einzelne Unternehmer und selbst ganze Wirtschaftszweige haben heute noch grundräßig die Möglichkeit, sich durch Lohndruck privatwirtschaftliche Vorteile zu verschaffen und die Sorge für die Kaufkraft und die Absatzmöglichkeiten ihrer eignen Erzeugnisse andern zu überlassen. Da dieses Streben allgemein und gegenseitig ist, wird geradezu eine Lähmung der Wirtschaft verursacht. Entscheidend für den wirtschaftlichen Fortschritt ist darum, wie weit privatwirtschaftliche Gesichtspunkte von einer volkswirtschaftlichen Einstellung verdrängt werden, die letzten Endes auch dem Unternehmertum zum Vorteil gereicht. Die Gewerkschaften kämpfen in dieser Sache nicht nur für das unmittelbare Interesse der Arbeiterschaft, sondern auch für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt der Gesamtheit. Ihr Verdienst ist es auch, die Kaufkrafttheorie entwickelt zu haben, die erst von der Wissenschaft gänglich übersehen oder heftig angegriffen wurde, die jetzt schon Duldung erfährt und zum Teil schon anerkannt wird, und die bald das Rückgrat der Volkswirtschaftslehre werden wird.

Man darf freilich nicht vergessen, daß neben einstufigen Unternehmern, die nur durch die privatwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft gehemmt werden, die große Masse der selbständigen Unternehmer steht, die noch von der Wichtigkeit der alten Entlohnungsmethoden überzeugt sind. Die Ansichten der letzteren kann man sich nur erklären, wenn man in der Geschichte zurückblickt. Als sich die kapitalistische Wirtschaft zu entwickeln begann, war die Arbeiterschaft selbstverständlich nur ein kleiner Teil des Volkes und ihre Kaufkraft nur ein verschwindender Teil der allge-

meinen Kaufkraft. So war, privatwirtschaftlich gesehen, die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft „zweckmäßig“, denn die Produkte wurden weitaus überlegenem von außerhalb der kapitalistischen Wirtschaft stehenden aufgenommen. Auch war der Erfolg der durch Leiharbeiter und Überanforderung verbrauchten Arbeiter selbst möglich, da von der Landwirtschaft und dem Handwerk ständig neue Kräfte zufließen. Heute ist, wie schon erwähnt, der Lohn der wichtigste Bestandteil der allgemeinen Kaufkraft. Auch ist die Zeit zum größten Teil vorbei, in der Raubbau an der Arbeitskraft betrieben werden konnte. Die Arbeiterschaft muß jetzt in der Lage sein, sich selbst zu erhalten. Der Lohn muß also zur anständigen Erhaltung einer Familie ausreichen. Man sollte meinen, daß auch schwerfällige Unternehmer allmählich von ihrer Großväterweisheit lassen müßten.

In den Vereinigten Staaten ist der Nominallohn etwa viermal und der Reallohn immer noch mehr als doppelt so hoch als in Deutschland. Es wäre ganz verfehlt, diesen hohen Lohnstand, wie von Unternehmerseite beliebt wird, überwiegend auf den natürlichen Reichtum des Landes und auf größere Arbeitsintensität zurückzuführen. Entscheidend war der Arbeitermangel, der hohe Löhne erzog und in Folge davon eine ungewöhnlich starke Technisierung und Rationalisierung der Wirtschaft. „Wir sind notgedrungen Erfinder“, schreibt Schoenhof zu dieser Frage, und zwar nicht nur als Techniker, sondern auch als Organisatoren.

Der verhältnismäßige Arbeitermangel gab den amerikanischen Gewerkschaften von vornherein eine stärkere Stellung. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund, der rund 3000000 oder drei Viertel aller in den Vereinigten Staaten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter umfaßt, hat nun kürzlich zu den grundlegenden Fragen der Lohnpolitik erneute Stellung genommen. Der Vorsitzende des Bundes, Green, erklärte, daß die Arbeiterschaft nun in eine dritte Phase des Lohnkampfes eintreten werde.

Nach Green lassen sich drei Abschnitte in der gewerkschaftlichen Lohnpolitik unterscheiden. In der ersten Periode kämpfte die Arbeiterschaft für höhere Geldlöhne. Sie mußte bald erkennen, daß die Lebenshaltung von Lohn- und Preisstand abhängt. Darum kämpfte sie in der zweiten Periode für höheren Reallohn. Die letzte Entwicklung hat aber gezeigt, daß die Gewinne viel stärker steigen als der Reallohn, d. h. daß die Arbeiterschaft in ihrer sozialen Stellung verhältnismäßig absinkt. Darum wird sie jetzt einen Lohn entsprechend der Steigerung der Gütererzeugung, den Produktivitätslohn, verlangen.

Diese Forderung ist für Deutschland nicht so neu, wie sie vielleicht Amerikanern erscheinen mag. Die deutschen Gewerkschaften haben von jeher um den Anteil der Arbeit am Arbeitsprodukt gekämpft und zu diesem Zweck die Gewinnrechnungen und neuerdings die Selbstkostenrechnungen der Unternehmungen geprüft. Mit der „Erhaltung des Reallohnes“ oder einer geringfügigen Steigerung wird sich die deutsche Arbeiterschaft ebenfalls nicht zufriedengeben.

In der wissenschaftlichen Zeitschrift des ADGB, „Die Arbeit“ hat Marschall im kürzlich erschienenen Januarheft darauf hingewiesen, daß man die amerikanische Vorstellung vom Produktivitätslohn als einen festen Anteil am Sozialprodukt nicht ohne weiteres übernehmen dürfe. Die Arbeiterschaft müßte das Risiko absehen, bei einem starken Sinken der Produktion auch den Lohnanteil entsprechend senken zu müssen. Das durch den Lebenshaltungsindex gestützte Existenzminimum müsse unter allen Umständen erhalten bleiben. Darüber hinaus könne ein Lohnanteilsminimum, das durch einen vielleicht zu schaffenden „Index des Lohnanteils am Ertrag“ geschützt würde, erwogen werden.

Marschall beweist aber auch, daß wir über die Forderung des Produktivitätslohnes schon jetzt hinausgehen können. Der Lohn kann stärker gesteigert werden als der Gewinn. Die Folge wäre, daß sich ein Teil des Zugestankens der Unternehmer in Massenform der Lohnempfänger ver-

wandeln würde, der die beste Grundlage für weitere Rationalisierung der Wirtschaft ist.

Das wesentliche Eintreten für „Inbezahn“ und für „Produktivitätslohn“ entspricht auch der gewerkschaftlichen Praxis, die bemüht ist, während der Krise den Reallohn zu halten und ihn während der Konjunktur zu steigern.

Betrachtet man die gegenwärtige Lage der Wirtschaft, dann muß man feststellen, daß die Steigerung der Real-löhne weit hinter der Steigerung der Produktivität zurückgeblieben ist. Der Lohnanteil in der deutschen Wirtschaft ist beträchtlich gesunken. Das ist nicht nur eine Gefahr für die Konjunktur, sondern bedeutet auch, daß sich die soziale Stellung der Arbeiterschaft im Verhältnis zu anderen Schichten verschlechtert hat. In der Unternehmerpresse ist seit kurzem von einer „leicht abwärtsgehenden Kurve der Konjunktur“ die Rede. In unserer Sprache heißt das: Beginn der Unterkonjunktur.

Das Zurückbleiben des Verbrauches muß durch die Lohn-bewegung der Arbeiterschaft in nächster Zeit ausgeglichen werden. Innerhalb weniger Wochen laufen Tarifverträge für mehr als 3000000 Arbeiter ab. Mit der Möglichkeit großer Arbeitskämpfe muß gerechnet werden. Die Unternehmer, die während der aufsteigenden Konjunktur den seitlichen Vorteil eines stabilen Tarifs nützen konnten, haben eine zwischentarifliche Regelung rücksichtslos abgelehnt. Sie werden, wenn sie den Frieden aufrechterhalten wollen, nun die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft anerkennen müssen. Von einem Ausgleich der Teuerung kann erst die Rede sein, wenn eine Entschädigung für das Sinken des Reallohnes in der ablaufenden Tarifperiode gewährt wird. Darüber hinaus aber gilt es für die deutsche Arbeiterschaft, und nicht zuletzt für die Buchdrucker, sich einen Tariflohn zu sichern, der auch mit der Entwicklung höherer Kultur-bedingnisse Schritt zu halten vermag.

B e r l i n.

G. S.

Das Vordringen der Staatssubventionen

In der Reihe der staatlichen Eingriffe, durch welche der moderne Staat die Gestaltung des Wirtschaftslebens in immer größerem Umfang beeinflusst, bildet das System der Subventionierung bestimmter Produktionszweige oder Unternehmungen ein besonderes Kapitel. Umfang und Bedeutung dieser Subventionen sind gegenwärtig in den meisten Ländern unvergleichlich größer als vor dem Krieg. Auch ist der Rahmen, in welchem sich die Gewährung von Subventionen abspielt, ein viel weiterer geworden.

Die Zölle und das Steuerwesen enthielten schon immer versteckte Subventionen. Die Bedeutung der Zölle besteht ja nicht allein in der Erhöhung der Einfuhr, sondern hauptsächlich in der Möglichkeit für die Zollgeschützten Industrien, ihre Preise zu steigern. Insofern bedeuten sie eine Subvention für die Zollgeschützten Produktionszweige zu Ungunsten anderer Produktionszweige, die nicht oder in geringerem Umfang geschützt sind, vor allem aber zu Lasten der großen Verbrauchermassen. Da die Zölle heute überall in der Welt höher als vor dem Krieg sind, hat sich die Rolle der durch Zölle vermittelten Subventionen vergrößert. Hinzu kommen noch andere Verzerrungen: Kontingentierung (Festsetzung der Höchstgrenze der Waren, deren Einfuhr gestattet ist), Einfuhrverbote oder, wie in Italien und in Spanien, ein staatlicher Zwang für die Käufer, Produkte der inländischen Unternehmungen bzw. Industriezweige auch dann zu kaufen, wenn die ausländischen Waren (trotz der Zölle) billiger wären. — Das Steuerwesen war von jeher auf die Bevorzugung von bestimmten und Benachteiligung anderer Berufs- und Gesellschaftsklassen aufgebaut. Während die großen Massen überall in steigendem Umfang befristet sind, geht man bei der Besteuerung von Großgrundbesitz und Finanzkapital in den meisten Ländern sehr schonend vor. Hinzu kommen noch besondere Steuerbegünstigungen bzw. Steuernachlässe für bestimmte Produktionszweige, deren Umfang in der Nach-

kriegszeit ebenfalls überaus zugenommen hat. Auch die Reichseisenbahn vermag durch ihre Tarifpolitik bestimmten Produktionszweigen besondere Begünstigungen, die wohl als Subventionen aufgefaßt werden können, zukommen zu lassen. Hinter der Erteilung von Staatsaufträgen für Küstungszwecke und andre sachliche Bedürfnisse verbergen sich häufig Subventionen sowohl durch die Auswahl der zu Staatslieferungen herangezogenen Unternehmungen wie durch die bei den Lieferungen bewilligten höheren Preise (Zinsen). Außer den erwähnten gibt es aber noch eine ganze Reihe von Subventionen, die hier kurz erwähnt werden sollen. Wenn große Privatunternehmungen durch Gesuchanträge, schlechte Finanzoperation oder durch Spekulation erschüttert werden und nur durch eine gründliche Sanierung gerettet werden können, so wird zu diesem Zweck häufig der Staat selbst herangezogen. Je größer die Unternehmungen, eine je größere Gefahr deren Zusammenbruch für den Arbeitsmarkt und für die Volkswirtschaft selbst bedeutet, um so stärker ihr Druck auf den Staat, um so weniger kann sich der Staat der Aufgabe der Sanierung der vor dem Bankrott stehenden Unternehmungen entziehen. Vor allem waren es notleidende Großbanken (Italien, Dänemark usw.), die in der Nachkriegszeit in den verschiedenen Ländern mit Hilfe von Staatsmitteln auf die Beine gestellt wurden. Staatliche Subventionen werden dann gewährt in Form von Kreditzuweisung, Zinsverbilligung oder Übernahme von staatlichen Garantien bei privater Kreditgewährung. Diese Arten von Subventionen spielen beim Wohnungsbau und insbesondere bei der Warenausfuhr in Form von staatlichen Exportkrediten bzw. Kreditgarantien vornehmlich in England und in Deutschland eine große Rolle. Neben diesen Subventionsarten nehmen aber auch die direkten Zuwendungen von Staatsmitteln an bestimmte Produktionszweige immer mehr an Bedeutung zu. Die Schiffahrt gehört in den meisten Ländern zu den Nutznießern des Subventionssystems (sie wird häufig auch durch unterschiedliche Behandlung bei Entrichtung von Hafengebühren gegenüber der ausländischen Schiffahrt bevorzugt). Doch erhalten auch andre Produktionszweige häufig Unterstellungen aus der Staatskasse, wie in Deutschland der Siegerländer Erzbergbau, in England die Zuckerraffinerien. Viel größer ist noch die Rolle der direkten Unterstellungen in den Industriezweigen, wo sie vor allem für die Gründung neuer Industriezweige gewährt werden. In Südafrika und Brasilien soll mit Hilfe solcher Subventionen eine Schwerindustrie ins Leben gerufen werden, vor allem aber werden in Japan sowohl der Schwerindustrie wie andern Industriezweigen in ausgiebigem Maße Unterstellungen gewährt. Als letzte Gruppe von staatlichen Unterstellungen an die Privatwirtschaft sollen die sehr bedeutungsvollen Bestrebungen zur Valorisierung (Wertsteigerung) für bestimmte Lebensmittel und Rohstoffe herorgehoben werden. In den meisten Fällen leiht der Staat diesen Bestrebungen seine aktive Unterstellung.

Unre flüchtige Aufzählung verfolgte den Zweck, die große Mannigfaltigkeit der staatlichen Subventionen vor Augen zu führen. Welche Bedeutung haben nun diese Subventionen, wie sind sie vom Gesichtspunkt der Volkswirtschaft und der arbeitenden Massen zu bewerten? Auf den ersten Blick sollte man meinen, daß irgendein Maßstab für die Beurteilung jener Subventionen nicht gefunden werden könne, eben infolge ihrer Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit. Deshalb müßten die einzelnen Subventionsarten jede für sich auf ihre Wirkungen hin untersucht werden. Inbessenen können auch einige allgemeine Gesichtspunkte für die Beurteilung der Subventionen angeführt werden.

Die meisten Subventionsarten haben den Zweck, Kapitalkräfte des Landes in bestimmte Bahnen zu lenken bzw. für die Ausdehnung bestimmter Produktionszweige nutzbar zu machen. Eine jede Subvention bedeutet die Zuführung von Kapital an die zu unterstützende Stelle, das zu diesem Zweck andern Stellen entzogen werden muß. Insofern stehen

Ist die Kunst souverän?

Was ist Kunst? Das Wort kommt von „können“, und eine Kunst ist alles, was ein Können voraussetzt, was man nicht von Natur aus versteht, sondern was man gelernt haben muß und sich auszeichnet vor denen, die es nicht können. Zu jeder Kunst gehört das Erkennen und das Können. Kunst ist gefühltes Werk, das wiederum Gefühl erregen will. Das Gefühlsmoment, das aller Kunst zugrunde liegt, die Lebensformen und Stimmungen des Menschen in ihren Elementen, ist das gleiche geblieben. Daher ist unser Ausdruck über die Kunst von Jahrtausenden und Jahrtausenden über die Abgründe von Epochen und Kulturen noch verständlich. Das ist es, was man so oft die Eigenschaft der Kunst nennt, und woraus man — mit Unrecht — folgert, daß sie unabhängig sei von allen gesellschaftlichen Entwicklung und nur ihren eignen Gesetzen folge.

Wesentlich erscheint es mir, daß die heutige abstrakte Anschauung von Kunst zum Bewußtsein ihrer materiellen Grundlagen geführt wird, zu erkennen, was sie unter verschiedenen Voraussetzungen zu leisten imstande ist oder nicht, und wie weit diese Leistung unabhängig von einzelnen Künstlern entstehen kann. Die historischen Tatsachen ergeben, daß die Künste ursprünglich an Arbeit und Handwerk der Menschen gebunden entfielen — ferner: daß in den frühesten Ausdrucksmöglichkeiten der Menschen bereits Kunstmäßigkeiten im Reine enthalten sind, entsprechend den vorhandenen Mitteln der Darstellung gelbt werden, aber durchaus nicht gleichsam in logischer Weiterentwicklung zu Höchst-

punkten führten. Wenn auch bestimmte Zeiten hierüber zu spekulativem Denken verführten konnten und verführt haben, so reihen andre Zeiten und geschichtliche Tatsachen den Faden der Spekulation doch immer wieder ab. In verschiedenen Wältern und verschiedenen Epochen legt das Funktionelle, das die Künste als e i g e n e K r a f t darstellen, auf bestimmten Gebieten aus, um auf andern andre, oft sehr reiche Resultate vorzubringen. Andererseits nützt das reiche und große Kunstwerk — etwa das der Griechen — den andern oder nachkommenden Wältern zu ihrer schöpferischen Befruchtung gar nichts. Zwar hat die bürgerliche Wissenschaft über diese Dinge eifrig versucht, den Geist dieser Dinge zu retten und versucht, ihn fassen und empfinden zu lassen in ihrem Ideal und Vorbild der Antike. Aber es ist ihr — trotz dem einen Goethe — nicht gelungen. Es zeigt uns das, daß dieser Geist der alten Künste durchaus zusammenhängend, steht und fällt mit seinen zeitlichen, materiellen Grundlagen, mit seiner Wirtschaft, daß er sich bestimmt und abgrenzt, schöpferisch oder unerschöpfbar bleibt, wo seine Grundlagen fehlen. Alle Versuche hiezu mußten scheitern, wo eine Gesellschaft mit bewußter künstlerischer Kunstbildung die einer andern in ihrer nahen Kunstnähe nachschauen wollte. Wie eine gewisse nachgemachte Nativität in der Kunst unserer Zeit keine Einsicht ist und nur eine neue Kunstpose, so ist das christliche Zurück zum Naturvolken auch nur eifrig, wenn es revolutionär zu einem die Gesellschaft überwinden wollen führt.

Eine Sprache war, was jedes notwendige Mittel der Mitteilung da, nicht aber Erzählung, auch weniger Erinnerung, weil die Reproduktion fehlte. Aber vielleicht zur

gleichen Zeit schon ein vollkommenes Handwerk, ein Krug, eine Bemalung, eine Matte oder dergleichen. Der Erhaltungstrieb der menschlichen Gesellschaften auf die Kunst angewandt, stellt sich dar als Trieb zur Erhaltung von Gefühlen, Fühlen, Gefühlsleim, nützlich Empfindenem, Aus Nachahmung, Spiel und Mitteilung entsteht Kunst, aber sie entsteht in keiner Bewußtheit zunächst als von der täglichen Alltagsvitalität losgelöst. Innerhalb der geistigen Kategorien, die sich aus diesem bestehenden und wirkenden Alltag lösen und bilden, im Denken, in der Poesie oder Religion, ist jeder verdichtete Gedanke, jede Vorstellung, Einbildung oder Idee — nicht die Angelegenheit eines Dichters oder Künstlers, Poesie ist nicht Angelegenheit von Dichtern, Künste nicht die von Künstlern. Der, welcher das Material des Kruges fähiger bearbeitete, der den zweckmäßigsten Krug schuf, ist der Künstler. Und der Fischer oder Hirte, der aus der Sprache die seinem Empfinden eigenartigste Form schaffen konnte — der Dichter. Was entstehend und unmaßgeblich an diesem so scheinbar simplen Vorgang liegt, ist nicht die Sonderfähigkeit der Empfindung und nicht die Selbstamkeit der Form, sondern die Einheit einer Erscheinung, die ihren Stoff nicht sucht, sondern zu meistern hat; die in ihrer Fähigkeit und Arbeit an diesem Stoff diesen selbst als urprünglich gefastet und allein abhängig ist von der starken Nähe und Unmittelbarkeit ihrer Einbildung oder Empfindung, sowohl ohne Rücksicht auf Vorbilder, als ohne fremde Bedingung aus dem beherzichten, von sich selbst entdecktem oder aufbereiteten Material. Vorstellungen von Künsten und damit Künstlern entstehen auf späten Stufen durch schon bestimmte wirt-

die Subventionen im kapitalistischen Wirtschaftssystem im Dienste einer kapitalistischen Planwirtschaft. Die Frage ist nur, ob man berechtigt ist, dieses System der Subventionen als eine wirkliche Planwirtschaft zu bezeichnen, und welches die ihm innewohnenden volkswirtschaftlichen Gefahren sind? Die so mannigfaltigen Subventionen sind nicht Bestandteile eines organisch durchdachten Wirtschaftsplanes, sondern werden rein zufällig, aus besonderen Umständen oder häufig unter dem politischen Druck der im Staat herrschenden Klassen dem einen oder dem andern Produktionszweig zugewandt. Sie können, da sie vielfach aus Massenverträgen gewährt werden, zu einer Einschränkung des Massenverbrauchs mit all ihren schweren Folgen für das Gedeihen der Volkswirtschaft führen. Sie können allein zur Erzielung hoher Gewinne in den subventionierten Produktionszweigen und dadurch zu ihrer Überkapitalisierung wie zur vermehrten Ausbeutung der Bevölkerung führen. Sie können die Lage von Industriezweigen, die keine Subventionen genießen, erschweren, weil diesen auf dem Umweg der Steuern Kapitalien entzogen werden. Es kann aber auch der Fall eintreten, daß diese „planlose Planwirtschaft“ für die subventionierten Unternehmungen selbst keine nachteilige Hilfe bedeutet. Mit Hilfe von Subventionen können nichtlebensfähige Unternehmungen bzw. Produktionszweige zum Schaden der Volkswirtschaft über Wasser gehalten werden. Auch sind in der kapitalistischen Wirtschaft die Regierungen, welche die Subventionen gewähren, nicht in der Lage, dafür zu sorgen, daß die von der subventionierten Industrie hergestellten Produkte auch einen Absatz finden, obwohl erst in diesem Falle von einer wirklichen Planwirtschaft gesprochen werden könnte. Wenn z. B. in einem Lande die chemische Industrie aus Staatsmitteln unterstützt wird, so bedeutet das, daß den nicht unterstützten Gewerben, wie z. B. der Textilindustrie, Kapitalien entzogen werden. Infolgedessen muß sich die Textilindustrie einschränken und kann die von der neuindustriellen chemischen Industrie hergestellten Farben nicht aufnehmen. D. h. der Staat müßte nicht allein die Produktion im unterstützten Produktionszweig fördern, sondern auch für den Absatz der hergestellten Produkte Sorge tragen.

Angeht es der volkswirtschaftlich häufig schädlichen Wirkung der staatlichen Unterstützungen wurde vielfach die Meinung vertreten, daß das Subventionssystem besonders in demokratisch regierten Ländern in Erscheinung trete, wo einzelne Parteien die politische Konstellation ausnützen, um bestimmten, ihnen nachstehenden Produktionszweigen Subventionen zuzuführen. Solche Subventionen sind in der Tat in Deutschland wie in andern parlamentarisch regierten Ländern häufig vorgekommen. Trotzdem kann man wohl feststellen, daß das Subventionssystem am meisten in den faschistisch oder halbfaschistisch ohne demokratische Kontrolle regierten Ländern verbreitet ist. In Europa sind es besonders Italien und Spanien, in Asien vornehmlich das in politischer Hinsicht immer noch feudale Japan, die den verschiedensten Produktionszweigen staatliche Unterstützungen in den mannigfaltigsten Formen gewähren. Andererseits kann sich aber die demokratische Kontrolle als ein wirksames Mittel zur Verhinderung der größten Mißbräuche des Subventionensystems erweisen. Unter den gegenwärtigen Umständen ist ein absoluter Verzicht auf das Subventionensystem nicht möglich. Nur durch demokratische Kontrolle über die Auswahl der zu unterstützenden Produktionszweige und die Verwendung der Unterstützungen können die schädlichen Wirkungen des Subventionensystems für die Volkswirtschaft mehr oder weniger ausgeschaltet werden. Auch damit wäre dem kapitalistischen Subventionensystem, wo Unterstützungen der privaten Wirtschaft gewährt werden, der Charakter einer „planlosen Planwirtschaft“ noch nicht genommen. Allein eine radikale Umformung der ganzen Wirtschaftsordnung, vor allem das staatliche Eigentum und Verfügungsrecht über die Produktionsmittel, könnten an Stelle der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung eine wirkliche Planwirtschaft setzen. A. S.

Korrespondenzen

Wienstein. Am 14. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Ihr Besuch war ein außerordentlich guter. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht, der Kassierer den Kasßenbericht. Der Ortsverein zählt zurzeit 38 Mitglieder, einschließlich vier Kollegen des Nachbarortes Guttstadt. Bei der Vorstandswahl wurden fast sämtliche bisher amtierenden Kollegen wiedergewählt. Ferner wurde Bericht erstattet über das Ergebnis des Preiswettstreitens für eine Neujahreskarte des Hauses, wobei Kollege Preußfeld den ersten Preis errang. Mit besonderer Befriedigung wurde die Mitteilung über die guten Kasßenverhältnisse der Typographischen Vereinigung im Bildungsverband entgegengenommen. Nege Diskussion riefen die Mißstände bei der heftigen Orkansturmflut hervor. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen, die Versammlungen auch fernerhin so zahlreich zu besuchen.

Baden-Baden. Unsere Generalversammlung am 14. Januar hätte sich eines feierlichen Besuches erfreuen dürfen. Nach vorhergehenden geschäftlichen Mitteilungen gab Vorsitzender Bisker den Jahresbericht. Dieser war bis ins kleinste ausgearbeitet und wurde mit größtem Interesse entgegengenommen. Dem Bericht war zu entnehmen, daß bei Einführung der Beitragsordnung zur Bildung eines Fachauschusses geskizziert wurde, welchem die Druckerei Wöhrer, Baden-Baden, Wöhr, Gernsbach und Raftart angehören. Die schwebende Behandlung der Gehaltsanträge durch den Vorsitzenden des Fachauschusses und der Hausverwalter Karlsruher verurteilt die Arbeit der Gehaltsbeihilfer leider fast zur Erfolglosigkeit. Kassierer Ernst erstattete hierauf den Kasßenbericht, der dem vorjährigen in keiner Weise nachstand. Unsere Ortskasse wies einen Kasßenbestand von 386,22 M. auf. Nach Entlastung durch den Revisor sprach Kollege Kratt in den beiden Debatten den Dank der Versammlung aus. Nach kurzer Debatte wurde der Gesamtvorstand einstimmig wiedergewählt. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten ersuchte der Vorsitzende, im neuen Jahre lebhafteren Interesse für die Organisation zu zeigen und für einen zahlreicheren Versammlungsbetrieb agitieren zu wollen.

Wühl (Baden). Vor Eintritt in die umfassende Tagesordnung unserer Generalversammlung am 7. Januar widmete Kollege Würtz den vorstehenden Kollegen einen lebhaften Nachruf. Die Versammlung ehrte deren Andenken in üblicher Weise. Dann gab der Vorsitzende seinen Jahresbericht. Über den Anschlag an den Bezirk Karlsruhe kann wohl jeder Kollege seine Zufriedenheit aussprechen, denn durch diesen Anschlag ist uns schon sehr viel Verdrüßliches geboten worden. Die Beitragsabteilung hat sich zum ersten Male an dem Druckmaschinenwettbewerb beteiligt und hat auf befriedigend abgeklungen. Die Prüfung von zwei neu aufzunehmenden Lehrlingen wurde im verfloßenen Jahre ebenfalls zum ersten Male vorgenommen. Des ferneren fand die erste Beitragsprüfung in Baden-Baden statt. Es wurden eine Reihe festlicher wie unterhaltender Veranstaltungen abgehalten, u. a. das 20-jährige Verbandsjubiläum „des Ortsvereins“ „Die Kollegen der Druckerei Krüger“ erhalten anläßlich des Weihnachtsfestes ein Geschenk von 20 M., ebenfalls „das Gesamtpersonal“ der Druckerei Unkas. In der Druckerei Kontordia erhielten die drei ältesten Kollegen eine wöchentliche Lohnaufbesserung. Kollege Fröhlich gab dann den Kasßenbericht. Unser Mitgliedsbeitrag beträgt 48 (einschließlich zweier Zuvalden). Die Remuneration für den gesamten Vorstand wurde in der Höhe von 63 M. beschloßen. Bei der Vorstandswahl wurden u. a. einstimmig gewählt Kollege Würtz als Vorsitzender und Kollege Fröhlich als Kassierer. Als Beitragsleiter wurden die Kollegen Bau und Koihl gewählt.

Danzig. Unsere Generalversammlung am 18. Januar ehrte in üblicher Weise das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Im Vorstandsbericht machte Kollege Emil Marquardt auf verschiedene in Danzig nicht alltägliche Bildungsmöglichkeiten aufmerksam. In der Zeit vom 20. bis 25. Februar veranstaltet der Allgemeine Gewerkschaftsbund einen Vortragszyklus mit Dr. Frankel von der Wirtschaftsschule des Metallarbeiterverbandes als Redner. Hierbei sollen besonders die geschichtliche Entwicklung des heutigen Arbeiterrechts, das Schlichtungswesen, die Arbeitsgerichtsbarkeit und das Wesen der Arbeitsvermittlung behandelt werden. In einem zweiten, vom 12. bis 18. März

abzuhaltenden Kursus wird der in unsern Reihen durch seine bei der Bismarckde herausgegebenen Werke bekannte Leiter der Wiener Arbeiterhochschule Dr. Joseph Eulpsch Stern sprechen. Ferner wird der Vorsitzende des hiesigen Bildungsverbandes Kollege Wurm für die im letzten Lehrjahr stehenden Jungkollegen einen Vorbereitungslehre zur Geschichtsprüfung abhalten. Alle Veranstaltungen wurden der besonderen Beachtung empfohlen. Nachdem zwei Neuaufnahmen vollzogen worden waren, gab Kollege Marquardt von dem geplanten Ausschluß dreier Restanten Kenntnis. Da diese aber vorher das Versprechen abgegeben hatten, ihren Verpflichtungen nachzukommen, wurde ihnen noch eine Bewährungsfrist gewährt. Sodann kam Kollege Kallertöper zu Wort, der über das Thema „Arbeitsfreude und Leistungswille“ sprach. Ausgehend von der Bedeutung der Psychologie auch für die Arbeiterbewegung ging der Redner unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit in den großstädtischen Berufen den Begriffen „Arbeitsfreude“ und „Leistungswille“ in ihren Ursachen und Wirkungen nach. Typische Beispiele unterstützten wirkungslos die im allgemeinen beifällig aufgenommenen Ausführungen, die in den Wunsch ausklangen, daß rege Betätigung jedes einzelnen Kollegen im Dienst der Arbeiterbewegung zukünftig bei den an exponierter Stelle stehenden Funktionären die Arbeitsfreude auslösen mögten, ohne die über das alltägliche Maß hinausgehende Leistungen keinesfalls zu erzielen sind.

Bresden. (Stereotypen und Galvanoplastik.) Unsere Jahreshauptversammlung am 15. Januar hatte einen sehr guten Besuch zu verzeichnen, auch die Proving war durch einige Kollegen vertreten. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden und Erledigung verstreuter Vereinsangelegenheiten und einiger Neuaufnahmen gab der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht vom vergangenen Vereinsjahr, der ungeteilten Beifall der Versammlung fand. Der Kassierer gab die Jahresabrechnung bis in die einzelnen Details, und es wurde ihm Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit, bis auf den zurückgetretenen zweiten Schriftführer, einstimmig wiedergewählt. Unter „Verstärkungen“ wurde u. a. ausgiebig über die uns noch fernstehenden Kollegen debattiert, um selbige reiflos für uns zu gewinnen und sie zur gewerkschaftlichen Mitarbeit zu erziehen. Es folgte noch die Erledigung verschiedener externer Fragen.

Düren. Unsere Generalversammlung am 14. Januar erfreute sich eines sehr guten Besuches. Eingangs der Versammlung teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand auch in diesem Jahre den trunkenen und arbeitslosen Kollegen eine Weihnachtsgeldunterstützung in derselben Höhe wie im vergangenen Jahre zukommen ließ. Er machte weiter darauf aufmerksam, daß durch Vermittlung des Leiters des Jugendklubs am 8. Februar der Film „Das Druckpapier“ durch den Verband Deutscher Druckpapierfabriken für den hiesigen Ortsverein zur Verfügung gelangt. Im Jahres- und Geschäftsbericht stellte Vorsitzender Förster Johann fest, was im vergangenen Jahre von unsern Erwartungen und Hoffnungen in gewerkschaftlicher und materieller Beziehung in Erfüllung gegangen ist. In scharfen Worten verurteilte er das Überstundenwesen in einem größeren Betriebe und bedauerte, daß der Vorstand sich eventuell gezwungen sehen werde, dagegen einzuschreiten und tarifliche und gesetzliche Maßnahmen in Anspruch zu nehmen. Ebenso fand er treffende Worte gegen die Bestrebungen, in einzelnen Betrieben sogenannte Werkstättentabellungen zu gründen, die wahrhaftig unserer Organisation unwirksam gründen. Die Mitgliedszahl betrug am 1. Januar u. Z. 128 und am 1. Januar d. Z. 129. Beitragsleiter Frank konnte nur Gutes über die Beitragsabteilung berichten. An Hand einer sorgfältig ausgearbeiteten Tabelle konnten die anwesenden Kollegen sich überzeugen, wie die in den einzelnen Geschäften befindlichen Bechlinge sich an den Veranstaltungen beteiligten. Die hierauf folgenden Wahlen für den Vorstand ergaben die Wiederwahl der seitherigen Mitglieder und der Neuwahl zweier Kollegen.

Kolberg. In unserer Generalversammlung am 14. Januar gab nach Begrüßung dreier neuer Mitglieder und kurzen geschäftlichen Mitteilungen der Vorsitzende einen Bericht über das verfloßene Jahr. Er konnte feststellen, daß das Jahr 1927 in mancher Beziehung einen Fortschritt in unsern Reihen gebracht hat. Dem Bericht des Vorsitzenden schloß sich ein solcher des Kassierers an, selbigen wurde Entlastung erteilt. Sodann folgte die Vorstandswahl; diese

schaffliche Gliederungen im Arbeitsprozeß, später durch eine immer weiter greifende Zersetzung hieraus, durch Arbeitsteilung, Materialerteilung und Klassenbildung. Dieser Prozeß, der es bewirkt, daß die Künste und Fähigkeiten nicht nur berufsmäßig spezialisiert werden, sondern auch, daß sie durch die herrschenden politischen Mächte (Feudalismus, Kirche) zeitweilig verwalket werden, ließe sich im einzelnen durch das frühe Mittelalter bis heute nachweisen. Kenntnis der wirtschaftlichen Zustände ist dabei Voraussetzung. Sie zeigt, daß, gleichviel ob Kunst, Können in einer Materie, in naturwissenschaftlichen Gesellschaften oder hochzivilisierten gelebt wird, sie nicht entsprechende Resultate gleichzeitiger geistiger Ziele erbringt, sondern gebunden ist an die Form, Art, Vorhandensein überhaupt — und wirtschaftliche Bewertung ihrer Mittel. Das ist der Punkt, an dem jede bürgerliche Betrachtung dieser Dinge bisher stillschweigend vorbeiging. Es gibt kaum ein Gerät, einen Gebrauchsgegenstand der modernen Gesellschaft, der sich mit den Produkten des „Wilden“, die wir hinter den Gassenfenstern der Museen bewundern können, zu gleichem Werte messen könnte. Mit diesem „Mäße“ beschäftigen sich heute noch immer denkende und wollende Künstler, ohne daß sie dabei auf die materiellen Ursachen, wie sie ganz speziell in der kapitalistischen Produktion liegen, zu denken können. Aber diese Abhängigkeit vom zeitlichen Mittel einer Sache braucht nicht nur bei den Künsten nachgewiesen werden, sondern bei allen geistigen Erfindungen, z. B. bei den Wissenschaften. Karl Marx hat schon diejenigen erwähnt, die mit der Wirtschaft und ihrer Technik unmittelbar zusammenhängen, wie die Naturwissenschaft vom Mikroskop

und andre; die Philosophie wiederum von den Resultaten der Naturwissenschaften. Nicht die feudalen Machthaber des 17. und 18. Jahrhunderts sind die Erzeuger der Kunst jener Zeiten, sondern das nach Freiheit atmende und sehneude Bürgertum (Böthoven). Das ganze Kapitel des sogenannten Idealsmus des Bürgertums — Goethe, Schiller, Herder usw. — verlangt nach dieser Seite nach einer Sonderdarstellung und hängt mit der Struktur des beginnenden Kapitalismus ebenso zusammen, wie mit der politisch-wirtschaftlichen Vergangenheit der Deutschen. Das geistige Mus jener Epoche in der Literatur ist noch stets der Stoff unzähliger Abhandlungen, über das Minus jedoch, das zugleich in anderen Künsten zu konstatieren wäre, ist niemals die Rede. Eine historisch-materiale Unterfuchung jedoch kann auch an der negativen Erscheinung nicht vorbeigehen. Schon die ersten Kapitel der deutschen Literatur hängen zusammen mit dem Zerfall der alten Arbeitsverhältnisse, die immer weiter und später Zerfall alles volkswirtschaftlich noch Lebendigen bedeuten. Die ökonomischen Ursachen für die Veränderung und den schließlichen Zusammenbruch der bildenden Künste sind in erster Linie in dem Zerfall der ökonomischen Grundlagen für sie zu suchen. Das heißt: Zudem das eigenpersönliche Handwerk Maschinenarbeit wurde, indem die Grundlagen einer so bestimmten Produktion immer reifloser zerstört wurden, wurden auch die technischen Grundlagen der bildenden Künste, wie sie im alten Handwerk wurzeln und entstanden, zerstört. Jahrundertlang waren Handwerk und Kunst identisch, identisch jedenfalls in ihren Mitteln; so war selbst in der neubürgerlichen Kunst der Städte nur

die höchste Qualität des Handwerks im Vermögen des einzelnen. Die Anschauung von der „reinen Kunst“ entsteht erst in der Manufaktur und gewinnt ihre abstrakten Bezüge in der modernen bürgerlichen Gesellschaft, mit dem Zerfall des Handwerks. Was in der Wirtschaft tiefgehende Veränderungen im Leben und Vermögen aller bewirkt, läßt sich in seiner Einwirkung auf Schritt und Tritt auch an den Künsten konstatieren, besonders da, wo sie aufs engste mit dem Handwerk zusammenhängen, und es kann an diesem bisher in allen Kunstbetrachtungen wenig oder gar nicht gewürdigten Faktor bei der ganzen Kunstbetrachtung der modernen Mensch nicht genug erinnert werden. Nur darum stehen auch die Künste des sterbenden Feudalismus turnhoch über die des sterbenden Kapitalismus. Ist ihre ideelle und inhaltliche Art bestimmt durch bestimmte Tendenzen aus bürgerlicher oder mehr feudaler Ideologie, so ist ihr materielles Wesen in der Mehrzahl unangeeignet im handwerklichen Können.

Die ganze Geschichte der Künste seit dem ausgehenden Mittelalter erweist, daß die Grundlagen der Arbeit entscheidend wurden für die Möglichkeiten der Künste, nicht die Ideologie — und daß die Gesetze der eigenpersönlichen Notwendigkeit an der Hand ihres eigentümlichen historischen Werkzeuges zu folgern sind. Für die Aufnahme und Fruchtbarkeit der geistigen Dinge im allgemeinen wird vor allem die Voraussetzung gelten müssen: Die Erkenntnisquellen der Sinnlichkeit praktisch werden zu lassen. Dazu gehört die Verwirklichung einer materiellen Kultur der Massen. Stuttgart. Gustav Summel.

führte zur Wiederwahl des Vorsitzenden und des Kassierers, während der Posten des Schriftführers anderweitig besetzt wurde. Der Posten des Ortsleiterleiters blieb ebenfalls in alten Händen. Der Punkt „Verschiedenes“ nahm längere Zeit in Anspruch, über die noch immer recht ungenügende Bestellung des „Korr.“ durch die Kollegen wurde lebhaft Klage geführt, derartige Interesslosigkeit ist unbegründet; ähnlich verhält es sich mit dem „Lungbdruckerei“ für Verträge; Abhilfe im letzteren Falle zu schaffen, wurde dem Ortsleiterleiters anheimgegeben. Sodann fand die Wiederwahl des Vorsitzenden Erwähnung. Zum Schluss rügte der Vorsitzende noch das ungenügende Interesse mancher Kollegen, namentlich der jüngeren, am Vereinsleben.

W. Köln a. Rh. (Handseher.) Am 15. Januar fand hier eine Zusammenkunft der Vorstände der im Gau Rheinland-Westfalen bestehenden Handsehervereinigungen statt, um über einen engeren Zusammenhalt der Vereinigungen zu einer Gauvereinigung zu beraten. Berzeten wurde die Orte Bochum, Dortmund, Esbeck, Gelsenkirchen, Hagen und Köln. Nachdem der Kölner Vorsitzende, Kollege C. S. S. r a t h m a n n, die Erschienenen, darunter unter Gauvorsitzer Bertram sowie den Vorsitzenden des Bezirks Köln, Kollegen Janzen, begrüßt hatte, erteilte er zunächst dem Kollegen Hermann Kölle, dem Vorsitzenden der Dortmunder Vereinigung, auf dessen Wunsch die Vorstandskonferenz einberufen wurde, das Wort. Diefing in längeren Ausführungen auf die gesamte Handseherbewegung, speziell in Rheinland-Westfalen, ein und betonte ausdrücklich, daß es nunmehr an der Zeit liege, die bestehenden Vereinigungen zu einer Gauvereinigung zusammenzufassen. Er gab eine ausführliche Schilderung über die Ursachen, die zur Gründung von Handsehervereinigungen geführt haben. Nach sehr eingehender Aussprache seitens der Delegierten und des Gauvorsitzers B e r t r a m sowie des Bezirksvorsitzenden Janzen wurde einstimmig der Zusammenkunft vollzogen. Köln ist Sitz der Gauvereinigung und der Vorstand der Kölner Vereinigung ist zugleich Vorstand der Gauvereinigung und hat als solcher die Interessen der zusammengefaßten Vereinigungen nach den Richtlinien der anlässlich der Fürstlicher Handseherpräsidentenkonferenz vom 26. und 27. Februar 1926 wahrgenommen. Die im Anschluß an die Verhandlungen erfolgte Statutberatung nahm eine längere Zeit in Anspruch, ergab aber ein völliges Einverständnis. Es ist besonders hervorzuheben, daß ein monatlicher Beitrag von 10 Pf. zu der Gauvereinigung festgelegt wurde, der an den Kassierer abzuführen ist. Mitglieder, die in einem Ort oder in einem Bezirk tätig sind, wo keine Vereinigung besteht, führen ihren Beitrag (wöchentlich 10 Pf.) direkt an den Kassierer der Gauvereinigung ab und erhalten dann auch von diesem die „Handseher-Mitteilungen“ zugeandt. Versammlungen der Gauvereinigung finden nach Bedarf statt, jedoch jährlich mindestens zwei. Zu der Hauptversammlung, die im Januar in Köln stattzufinden hat, entsendet jede Vereinigung zwei Delegierte auf Kosten der Gauvereinigungskasse, die andere Versammlung ist als Wanderversammlung gedacht und können hierzu mehrere Delegierte entsandt werden. Die Kosten hierzu tragen die Vereinigungen selbst. Als Publikationsorgan wurden die „Handseher-Mitteilungen“ und der „Korr.“ bestimmt. Ein weiterer Beschluß, der interessanter dürfte, ist der, daß sämtliche Veranlassungseinsendungen ausgeliefert werden sollen, und zwar betragt, daß jede Vereinigung eine Anzahl Zirkulare an den Vorstand der Gauvereinigung sendet, der diese dann den anderen Vereinigungen zuleitet. Um eine regere Agitation zu entfalten, wurde beschlossen, ein Werbezirkular an sämtliche Bezirks- und Ortsvereinsvorstände unseres Gau'es zu versenden. Mit der Verwendung wird Anfang Februar begonnen werden. Hiermit war die Tagesordnung erledigt und der Vorsitzende der Kölner Vereinigung schloß die äußerst interessante verlaufene Versammlung mit dem Danke an alle Erschienenen und der Bitte, auch für die Folge für die Interessen der Handseher einzutreten und auf deren weitere Fortbildung bedacht zu sein. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß von der Leipziger Handsehervereinigung ein Begrüßungsgramm eintraf, für das an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

Br. Köln. (Maschinenseher.) Unsere Generalversammlung am 15. Januar wies einen guten Besuch auf. Unter „Geschäftlichem“ wurde darauf hingewiesen, daß die im Auftrage der Zentralkommission erscheinenden technischen Hilfsblätter in Rütze geliefert werden. Zwei Kollegen wurden in die Sparte aufgenommen. Den gedruckt vorliegenden Jahresbericht ergänzte Kollege B e n d t durch reichhaltiges statistisches Material. Danach sind im Bezirk Köln an 188 Maschinen 254 Kollegen beschäftigt, von denen 228 im Verband organisiert sind (213 davon gehören der Sparte an). Es wurde bedauert, daß 13 Kollegen nicht über das tarifliche Minimum entlohnt werden und nur 27 im Genuß höherer als der tariflich festgelegten Ferien sind. Dem Kollegen G r e i b l i n g e r, der den Kasienbericht vom vierten Quartal erstattete, wurde einstimmig Entlastung erteilt. Mit Ausnahme des Kollegen Baggeler, der eine Wiederwahl ablehnte, und an dessen Stelle Kollege K o n r a d t r i t t, wurde der Vorstand einstimmig wiedergewählt. Die Technische Kommission wurde unter Berücksichtigung sämtlicher Maschinensysteme auf sieben Kollegen ergänzt. Der am 5. Februar in Hagen i. W. stattfindenden Hauptversammlung der Gauvereinigung soll der bisherige Vorstand wiederum in Vorschlag gebracht werden. Ferner beschloß man, den an dieser Versammlung teilnehmenden Mitgliedern neben der Fahrtenentschädigung 2 M. aus der Bezirkskasse zu gewähren. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige drückliche Angelegenheiten erledigt.

Oberhausen. Unsere Jahreshauptversammlung am 14. Januar war leider nur von einem Drittel der Kollegenschaft besetzt. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Eingänge schritt man zur eigentlichen Tagesordnung. Bei der Vorstandswahl bat der bisherige Vorsitzende, Kollege A n d r a e, von einer Wiederwahl seiner Person in Anbetracht seines vorgerückten Alters Abstand nehmen zu wollen. Nach langem Hin und Her wurde Kollege D i t t o B i e w a d mit diesem Amt betraut. Der übrige Vorstand wurde mit Ausnahme eines Beisitzers einstimmig wiedergewählt. Beschlossen wurde, den Beitrag zum Gewer-

schaftsartell von 10 auf 30 Pf. zu erhöhen; der herausgegebene Beitrag von 20 Pf. soll ausschließlich als Baufonds zu einem neuen Gewerkschaftshaus Verwendung finden. Der Rest der Tagesordnung wurde glatt erledigt.

D. Oberdorf a. N. Von einem anregenden, harmonischen Verlauf unserer Generalversammlung am 17. Januar kann von hier aus berichtet werden. Vorsitzender Zimmerman gab einen erschöpfenden Tätigkeits- und beschreibenden Kasienbericht. Bezirksvorsitzender B o s s e n m a i e r und der Vorsitzende der Bildungsverbandszweiggruppe B a u m a n n gaben auch ihrerseits Berichte. Alles legte davon Zeugnis ab, daß am Vorort rege gearbeitet wurde. Sieben Rundsendungen von Druckmaschinen gingen durch unsere Hände; treffsam wurde die berufliche Weiterbildung gepflegt und bei der Beteiligung an zwei Druckmaschinenweidewerben mit gutem Erfolg abgefahren, sowohl Gehilfen als auch Lehrlinge. Einem noch besseren Versammlungsbesuch und allgemeiner Teilnahme an Organisationsleben wurde eindringlich das Wort geredet. Vorbereitungen für den Besuch der „Presse“ und des Einbauer „Treffens“ wurden erdört besprochen. Das kollegiale, geselligkeitsvolle Leben innerhalb des Ortsvereins soll im laufenden Jahre mehr Pflege erfahren sowie der Kollegentreis beruflicher Weiterbildung noch vergrößert werden. Bei den Wahlen berief das Vertrauen die bisherigen Funktionäre wieder auf ihre Posten. Die Produkte der „Bildergilde“ haben hier festen Eingang gefunden.

Hilau. Unsere Hauptversammlung fand am 15. Januar statt. Kollege R i e h e l begrüßte besonders Herrn Dr. H e i n e i n, der in einem kurzen Vortrag mit Erfolg für die vollständigen Kammermusikabende des Striegler-Quartetts warb. Von den Eingängen und Mitteilungen sei erwähnt, daß der Ortsverein Baugen um Verlegung des gemeinsam geplanten Johannistages auf 1929 ersuchte. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu ersehen, daß das Jahr 1927 im Zeichen der Jubiläen stand; brachte es doch vor allem das hundertjährige Ortsvereins- und Gesangsvereinsjubiläum mit besonderer Ehrung der Kollegen Bruntsch für 25jährige und Baumann für 11jährige Kasierertätigkeit. Eine Menge Arbeit erforderte auch die Einführung der Lehrlingsordnung mit ihren daraus sich ergebenden Fragen. Die Mitgliederzahl belief sich am Anfang wie am Ende des Jahres 1927 auf 105 Gehilfen und 19 Lehrlinge. Der Versammlungsbesuch war nur ein mäßiger, der Vorsitzende gab die Namen der Kollegen bekannt, die das ganze Jahr nicht eine Stunde für die Organisation übrig haben. Aus dem Kasienbericht der Ortskasse des Kollegen G ä b e r war zu ersehen, daß ein Kasienbestand von 571,20 M. vorhanden war. Dem Kasienführer wurde Entlastung erteilt. Der Jahresbericht der Verbandskasse schloß in Einnahme und Ausgabe mit 11.222,05 M. ab, einschließlich des abgeanderten Betrages von 1991,82 M. an den Gau. Der Bericht des Schiedsamtsvorsitzenden Kollegen S c h n e i d e r betraf zwei Klagen gegen eine Bernstädter Druckerei, während aus dem Kasienbericht zu ersehen war, daß man sich dort in der Hauptkasse mit dem Arbeitslohnversicherungsgesetz beschäftigt hat. Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl, trotz langem Sträubens, des ersten Vorsitzenden R i e h e l, wie auch des zweiten Vorsitzenden und Bezirkskassierers F l o r sowie des Schriftführers. An die Stelle des ersten Ortsvereinskassierers trat der bisherige zweite Kassierer, Kollege S c h r e i b e r. Als Lehrlingsleiter fungierte Kollege N o v o i n g, während die Kollegen J u n g e und M i t t e r i c h in den Ortsauschuß delegiert wurden. Als Schiedsamtsvertreter gellen die Kollegen H ö r h o l d, S t e u d i n e r und S p ä n d e l. Die Entschädigung an den Vorstand wurde auf 285 M. festgelegt. Der Beitrag zur Ortskasse wie auch das Quartium wurden in der bisherigen Höhe belassen. Im Schluß verwies der Vorsitzende noch auf das 25jährige Jubiläum der Ortsgruppe des Bildungsverbandes und forderte zu tatkräftiger Mitarbeit auf. Anwesend waren 47 Kollegen.

Allgemeine Rundschau

Die Münchner Meisterschule für Deutschlands Buchdrucker. Mit der Bitte um Veröffentlichung gingen uns nachstehende Mitteilungen über die Münchner Meisterschule von der Schulleitung zu: Am 1. Februar begann gleichzeitig mit einem neuen Lehrgang das dritte Semester des ersten Lehrganges der Meisterschule für Deutschlands Buchdrucker. Es soll den Schülern in der Hauptkategorie die Kenntnis des Druckes, der Maschinen und der Farbentechnik vermittelt. Die Einrichtung der Maschinenräume ist soeben beendet. In richtiger Einschätzung der Bedeutung der Schule, die die erste und vorläufig die einzige in ihrer Art ist, haben der Stadtrat Münchens und der Deutsche Buchdrucker-Verein in den neuen Maschinenräumen ein Werk geschaffen, das das Interesse der gesamten Fachwelt des In- und Auslandes für sich beanspruchen darf. Hochherzige Stiftungen und Spenden aus den Kreisen der Maschinen-, Farben- und Papierfabriken, insbesondere aber die selbstlose, aufopfernde Tätigkeit des Kreisvorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Herrn Buchdruckerbesitzer Alexander Oldenbourg, und die unermüdete, unsichige Mitarbeit unseres neuen Fachlehrers Herrn Schwemer haben es ermöglicht, einen mehrteiligen Lehrbetrieb zu schaffen, der mit seiner Vollständigkeit und technischer Vollkommenheit die Lehrverhältnisse aller anderen bildungswissenschaftlichen Lehranstalten bei weitem übertrifft dürfte. Die Druckmaschinenallein allein haben eine Flächenabmessung von über 300 qm. Ihr Umfang und ihre majestätische Einrichtung entspricht einem mittleren Industriebetrieb. Die Maschinen wurden in erster Linie ausgewählt nach ihrer praktischen Rentabilität, wobei aber die verschiedenste Ausfüllung so berücksichtigt wurde, daß zehn verschiedene Druckmaschinenentypen modernster Konstruktion aufgestellt worden sind. Ebenso wurden die Maschinen selbst mit Vorgeführungsapparaten verschiedenster Konstruktion versehen. Auch die Buchbinderei hat neue Maschinen bekommen. Mit diesen Maschinen und der schon vorhandenen Einrichtung steht auch diese Abteilung weit über dem Durchschnitt einer Fachschule. So ist die Gesamteinrichtung der Meisterschule mit ihrem vorbildlich eingerichteten Scherfaal und den neuestengerichteten Ma-

schinensätzen eine einzigartige Lehrwerkstätte. Die Stadt München darf stolz darauf sein, daß hier eine Unterrichtsanstalt geschaffen worden ist, wie sie heute ein zweitesmal nirgendwo existiert.

Die Weizsäcker der Lebenshaltungskosten. Vom Statistischen Reichsamt wird bekanntlich neben den Weizsäcker für Großhandelspreise usw. auch eine Weizsäcker für die Lebenshaltungskosten errednet und von Monat zu Monat festgestellt. Schon oft ist von Gewerkschaften betont worden, daß die amtlich erredneten Lebenshaltungskosten, die bei Lohnverhandlungen eine große Rolle zu spielen pflegen, mit der Wirklichkeit in sehr hohem Widerspruch stehen. Da sie von den Friedensjahren ausgehen, ist es bemerkenswert, daß den Lebenshaltungskostenberechnungen zum größten Teil Erhebungen aus dem Jahre 1907, also vor 20 Jahren, zugrunde gelegt sind. In diesen zwei Jahrzehnten aber gingen die größten Veränderungen vor sich, die die Weizsäcker kennt. Nicht nur in der Politik, in Technik und Wirtschaft, sondern auch in den Lebensgewohnheiten der Menschen selbst. Erfreulicherweise kann man sagen, daß in weiten Kreisen das Bestreben durchgegriffen ist, besser zu leben als in den gedrücktten Verhältnissen der Vorkriegszeit. Arbeiter und Angeestellte wollen nicht bloß von Kartoffeln und Brot leben, sie wollen sich auch im übrigen nicht mehr mit dem billigen Schund von dagumal begnügen. Auf die Unzulänglichkeit der Weizsäcker für Lebenshaltungskosten wurde wieder im neuesten Heft der „Wirtschaftssturme mit Inbeziehung der Frankfurter Zeitung“, jener verdienstvollen Veröffentlichung, die auch sonst zuverlässiges Material enthält, mit folgenden Worten hingewiesen: „Wie problematisch und unbefriedigend eine solche mehr oder weniger rohe Gegenüberstellung (des Einkommens mit den Lebenshaltungskosten) bleibt, wird aber von allen ernsthaften Volkswirten zugegeben. Nicht nur, daß jeder zeitliche Ausgangspunkt für solche Vergleiche willkürlich ist, mag es sich um die Vorkriegszeit handeln oder um einen späteren Zeitpunkt; solche Berechnungen schließen die Vorkriegszeit ein, als ob zu der Zeit, auf die man sich bezieht, ein annähernd einheitlich erfahrebar Normal-Lebensstandard“ gegeben gewesen wäre, der mit den Bedürfnissen im Gleichgewicht gestanden hätte. Das ist aber keineswegs der Fall, nicht einmal für die Arbeiterklasse selbst, deren Haushaltsführung der Berechnung des amtlichen Lebenshaltungsindex zugrunde gelegt worden ist, noch viel weniger für andere Bevölkerungskreise mit differenzierterem Etat. Fallsächlich sind auch in der Bedürfnisstala selbst gegenüber der Vorkriegszeit bedeutende Veränderungen wohl in allen Schichten eingetreten. Verschiedenen, denen die festherige Wägung im Rahmen der amtlichen Indexberechnung nur unvollkommen Rechnung trägt.“ Auch das Statistische Reichsamt hat inzwischen eingesehen, daß die bisherige Berechnungsgrundlage nicht ganz zutreffend ist, und es soll deshalb in der nächsten Zeit auf Grund einer umfangreichen Erhebung von Haushaltsrechnungen aus dem vorigen Jahre eine andere Regelung Maß greifen. Hoffen wir, daß dann nicht einfach bloß Kalorien oder die Nation eines deutschen Marinejoldaten der Vorkriegszeit der neuen Indexberechnung zugrunde gelegt werden. Daß also von den ganz bescheidenen Grundlagen, die auf den Preisen von Männerklofen, Baumwollstrümpfen, Kartoffeln, Saferkosen und billiger Lebensmittel beruhen, abgegangen wird. Ferner müssen auch die Ausgaben für Steuern, Leistungspflicht der Sozialversicherung mit in die Rechnung einbezogen werden, die heute fehlen. Erst dann wird sich ermaßen lassen, ob der Normalindex für Lebenshaltungskosten wirklich als eine ernsthafte Grundlage für Lohnverhandlungen angesehen werden kann.

Schlichtungswesen und Verbindlichkeitsklärung. Eine neue Statistik des Reichsarbeitsministeriums über die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1926 verdient das besondere Interesse der organisierten Arbeiterklasse. Die Schlichtungs- und Verbindlichkeitsfrage ist in jüngster Zeit in der Arbeiterpresse lebhaft diskutiert worden. Ein abschließendes Urteil darüber ist erst möglich, wenn die zur Klärung notwendigen Unterlagen gegeben sind. Die Statistik des Reichsarbeitsministeriums ist ein Schritt vorwärts; denn sie bringt gegenüber den früheren Erhebungen über die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden diesmal etwas genauere Angaben, so z. B. zur Frage, ob ein Schiedspruch von Unternehmer oder Arbeiterseite oder von beiden Seiten abgelehnt wurde. Ferner enthält sie Angaben über die Fälle einer Einigung vor oder nach Schlichtungsverhandlungen und endlich verucht die Statistik, etwas über den weiteren Verlauf der Streitigkeiten nach Abschluss des Antrages auf Verbindlichkeitsklärung mitzuteilen. Im Jahre 1926 wurden von den Schlichtungsausschüssen 4653 Schlichtungsverfahren erledigt. Die ständigen und die vom Reichsarbeitsminister bestellten besonderen Schlichter erledigten 322 + 68 = 390 Schlichtungsverfahren, abgesehen von acht Fällen, in welchen die Parteien ihre Anträge zurückzogen oder die Anträge zurückgewiesen wurden. Im ganzen wurden also 4653 + 390 amtliche Schlichtungsverfahren erledigt. Es endeten 480 Verfahren = 42,18 Proz. mit einer Einigung, dagegen wurde die Verbindlichkeitsklärung in nur 315 Fällen = 27,88 Proz. ausgesprochen und in 343 Fällen = 30,14 Proz. abgelehnt. Bei insgesamt 5043 amtlich erledigten Schlichtungsverfahren erfolgte also nur in 315 Fällen der unmittelbare verbindliche staatliche Eingriff in die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Ausspruch der Verbindlichkeitsklärung. Die Statistik belagt leider nichts über den Umfang des durch die Verbindlichkeitsklärung betroffenen Personalents. Ferner ist zu beachten, daß die nicht unerhebliche Zahl von 919 von beiden Seiten angenommenen Schiedsprüchen und die 480 Fälle der Einigung vor oder außerhalb der Schlichtungsbehörde zum Teil auch mit der hinter jedem Schiedspruch stehenden Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung in Zusammenhang gebracht werden müssen. Von den Verfahren auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen wurden 187 auf Antrag der Unternehmer, 938 auf Antrag der Arbeiter, 4 auf beiderseitigen Antrag und 9 von Amis wegen eingeleitet. Trotz des unverkennbaren Fortschritts gegen früher reicht die Statistik des Reichsarbeitsministeriums zur Klärung der Verbindlichkeitsfrage nicht aus. Die Gewerkschaften sind deshalb gegenwärtig dabei, von sich aus die amtlichen Erhebungen zu vervollständigen.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengespartene Millimeterhöhe für Stellen-
gesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-,
Sorbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilige nächst-
erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den "Korrespondent" mög-
lichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Ist es Gicht oder Rheumatismus?

Diese Frage ist nicht besonders wichtig, denn beide Leiden haben die gleiche Ursache und es helfen gegen beide die gleichen Mittel.

Nur die letzten Folgen sind bei beiden verschieden, aber soweit darf man es überhaupt nicht kommen lassen. Charakteristisch für die Gicht ist, daß die Schmerzen stets nachts und im großen Zeh beginnen und erst später auch auf andere Glieder übergreifen.

Schmerzlos sind beide Krankheiten nicht, sie können beide durch hinzutretende Komplikationen (Herzleiden, Entzündung) zum Tode oder auch zu Verkrüppelungen von Gliedern führen, und äußerst schmerzhaft sind beide.

Wer darunter zu leiden hat, der denkt mit Grauen an die kommenden nächtlichen Tage und an die Qualen, die ihm bevorstehen.

Es ist also durchaus begreiflich, daß jeder, der von Gicht oder Rheumatismus befallen ist, den dringenden Wunsch hegt, sich davon zu befreien und daß die Zahl der "unselb-
baren" Hausmittel Legion ist.

Die meisten davon sind für die äußerliche Anwendung bestimmt und wirken im besten Falle nur schmerzlindernd.

Es handelt sich aber bei Gicht und Rheumatismus um ausgesprochene Stoffwechselkrankheiten, nämlich um Übersäuerung des Blutes mit der giftigen Harnsäure, und deshalb können sie nur durch innerliche Mittel bekämpft werden, und auch das ist es schwer.

Die Stoffe, die dazu bestimmt sind, die Ablagerungen von Harnsäure zu lösen und sie auszutreiben, müssen sehr

zweckmäßig ausgewählt und dosiert werden, und groß ist die Auswahl überhaupt nicht.

Ein sehr prompt wirkendes Präparat, das, wenn man die Kur noch einige Wochen länger forsetzt, auch dauernde Heilung bringt, sind Dr. med. Fischers Gicht- und Rheumatismustabletten.

Ärzte schreiben darüber:
Herr Dr. med. J. in B. schreibt u. a. folgendes:

— — — Unter den wirklich guten Mitteln auf diesem Gebiete bringt die Dr. med. Hans Fischers GmbH, Berlin W 35, ihre soeben länger forsetzt, auch dauernde Heilung bringt, sind Dr. med. Fischers Gicht- und Rheumatismustabletten hervor, die in der Wirksamkeit geradezu hervor-
ragend sind.

Die Feststellung von der heilenden Wirkung der Dr. med. Hans Fischers Tabletten machte ich an mir selbst, wo andre, bereits früher angewandte Mittel versagten. In etwa 65 Fällen an Gicht, Kreuzmuskelfeuerismus und Gicht konnte ich fast ausnahmslos Heilung konstatieren. Unter allen Umständen waren meine Erfahrungen so er-
mutigend, daß ich mich zu ihrer Mitteilung nach längeren Versuchen für berechtigt halte. Schädliche Erfahrungen habe ich in keinem Falle feststellen können.

Herr Oberstabsarzt Dr. med. St. in S. schreibt u. a. folgendes:

Ich habe Dr. med. Hans Fischers Gicht und Rheumatismustabletten gratis meinen Rheumatismuskranke ver-

abfolgt; übereinstimmend konnten dieselben mir nur über außerordentlich gute Heilerfolge berichten.

Ich gebe daher auf Grund meiner Versuche folgendes Gutachten ab:

Dr. med. Hans Fischers Gicht- und Rheumatismustabletten habe ich bei Rheumatikern angewandt und habe mit denselben nur gute Heilerfolge konstatieren können. Uble Nach- und Nebenwirkungen treten während der Behandlung nicht ein.

Die Wirkung von Dr. med. Fischers Gicht- und Rheumatismustabletten ist sehr prompt, oft sind die Patienten schon am zweiten Tage der Anwendung ganz schmerzfrei.

Allerdings ist in zwei Tagen kein dauernder Erfolg möglich, sondern es muß mit der giftigen Harnsäure im Blute gründlich aufgeräumt und Rückfällen vorgebeugt werden. Deshalb ist eine Kur von einigen Wochen zu empfehlen. Das Präparat verbessert zugleich das ganze Allgemeinbefinden.

Ein Versuch kostet nichts für die Leser dieser Zeitung.

Schreiben Sie eine Postkarte an Dr. med. Hans Fischer GmbH, Berlin W 35/68, und beziehen Sie sich auf dieses Blatt. Sie bekommen das Mittel ganz kostenfrei mit Gebrauchsanweisung und mit einer kleinen Broschüre, die Ihnen über Ihr Leiden interessante Aufschlüsse gibt.

Verzögern Sie das aber nicht, denn je länger Sie täglich darauf gefast sein, daß das Übel wiederkehrt, und Sie wissen ja selbst, daß das jedes Jahr in verstärkter Form geschieht.

Die Korrektoren treffen sich auf der „Bressa“ in Köln am 26. August 1928



HOMOCORD ELECTRO
PATENT-GERÄTE

Die neuen Schallplatten der Gewerkschaftsmitglieder

Choranaufnahmen der Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes auf „Homocord-Electro“
Gesangverein „**Typographia**“ Berlin, Chormeister: A. Weinbaum, mit Homocord-Orchester
4-2522 4-2523

Sturm G. Ad. Uhlmann-L. Lessen **Wann wir schreiten** ... A. Guhmann-H. Claudius
Vogel flieg' weiter, Volklied A. v. Othegraven **Sonntag am Rhein** R. Schumann
Männerchor „**Fichte-Georgina**“ Berlin, Leitung: W. Knöchel
Das heilige Feuer G. Ad. Uhlmann-L. Lessen **Auftakt** W. Knöchel-Fr. Müche

Homocord-Platten! — Überall erhältlich! — Bezugswellen weist nach:
Homophon-Company G. m. b. H., Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 108

Am 30. Januar verstarb nach langem Kranken-
lager unfürzlich, der Buchdrucker
Erich Mathias
aus Siegnitz, im Alter von
27 Jahren.
Ein ehrendes Andenken
bewahren ihm
**Legenbr., Typographia,
Maschinenmeisterverein
Siegnitz.**

Am 24. Januar verstarb nach langer, schwerer
Krankheit unser lieber
Kollege, der Gesangs-
lieb **Albert Knopf**
im Alter von 65 Jahren.
Der Verstorbene war
40 Jahre Mitglied der
Organisation, mehr als
drei Jahrzehnte tätig als
Vorstandsmitglied. Er hat
20 Jahre mit nicht zu
abtreffender Gewissen-
haftigkeit und Pflichtigkeit
unser Kassenkasse ge-
führt.
Sein Andenken hält in
Ehren
Der Orts- und Bezirks-
verein Marburg a. d. L.

**Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein**
Vorstand: Otto Mahlo, Berlin S 69, Grömmstr. 3
Kassierer: S. Elias, Wm.-Dohnsdorf, Paradiesstr. 6
Sonntag, den 12. Februar, vormittags 10 Uhr, in den
„Kammersälen“, Teltower Straße 1-4: [207]

Bereinsversammlung
Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Wanderversammlung
über Fahrt zur „Bressa“? 3. Neuaufnahmen. 4. Verschickenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Monotypsetzer
(Druck) gesucht. Es kommen
nur perfekte Setzer in Frage.
Angebote unter Nr. 201 an
die Geschäftsstelle des „Korr.“.

**Unverheirateter
Sekretärestypen**
in Rund- und Flachstereotypie
sind, in Dauerstellung für sofort
gesucht. [107]
**Otto Schmelz & Co.,
Heinrichstraße (Oppenschen).**

**Merckel'scher
Buchdrucker-Almanach
1928**
In Leinen gebunden Preis ein
schönlit. Postsendung 2,30. S.
Verlegungen an:
**Ludwig Schöfer, Graz, Ruder-
berg (Steier.), Sonnenstraße 12.**

Für Anfänger!
Schiffen, Regale, Maschinen
jeder Art, komplette Druck-
einrichtungen zu künftigen Be-
dingungen. Franzmüllers, Stutt-
gart, Charlottenstraße 3. [32]

Ziegeldrucker!
Einzigartig praktische
Anlegemarken
Kayser, Stuttgart, Comhardspl.

Am 1. Februar verstarb
nach langer Krankheit im
65. Lebensjahre unser lie-
ber Kollege und Buchdrucker
kassierer [208]
Gustav Hirsch
Sein kollegialer Sinn
müht ihm ein dauerndes
Andenken sichern.
Die Kollegen der
Hausdruckerei der
Giemens-Gehrdter-
Werke, Berlin.

Am 30. Januar verstarb
unser lieber Kollege, der
Seher [109]
Robert Hellmann
aus Berlin, im 71. Lebens-
jahre.

Am 31. Januar verstarb
nach langer Krankheit, der
Maschinenfabrik
Friedrich Schmidt
aus Altona, im 44. Lebens-
jahre.
Immer bereit, im Dienste
der Arbeiterbewegung
tätig zu sein, bekleidete
er die verschiedensten
Ehrenämter.
Ein ehrendes Andenken
denkmalig
Der Buchdruckerverein
in Hamburg-Altona.

Nach schwerem Leiden
verstarb am 30. Januar
unser lieber Kollege und
Freund [200]
Wilhelm Simbel
im 71. Lebensjahre.
Einem unserer besten, der
fast 60 Jahre im Betriebe
tätig war, ist mit ihm
dahingegangen.
Ehre seinem Andenken!
Das technische Personal
der Firma
Karl Schünemann,
Graphische Betriebe,
Bremen.

Zigaretten
ein toller Genuss
Zeronth 5 Pf.
Thadmor 4 Pf.
Arbeiterpartier 4 Pf.
IM KONSUMVEREIN

Sekretärestypen
für Flach zum baldigen Eintritt
gesucht. [108]
Kunst im Druck G. m. b. H.,
München, Thalkirchenerstr. 36/27

Drucker
für Zweit- und Schnellpresse,
welcher best u. Qualitätsdruck
liefert, wird, dauernd eingestell-
t. J. Hassenland G. m. b. H.,
Stettin. [170]

Typographisches Dräppler
Mittelschicht Berliner Buchdruck.
Dirigent: Kapellm. Erich Gutzeit.
Vorl.: Joh. Schulz, Berlin-Weiß,
Pflanzstraße 43. * Begr. 1924

Abtunskunde
jeden Freitag, abends 8 Uhr,
Restaurant „Zum Sängerehem“
in Neudamm, Hermannstr. 190.

Am 1. Februar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Am 30. Januar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Am 30. Januar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Druckereien!
Für sofort bzw. 15. Februar sucht Drucker in Provinzial-
und Zeitungsbetrieben wirklich tüchtigen ersten Schiffslen, be-
wundert in allen Sphären, im Disziplinieren und Kalkulieren.
Offerten unter Nr. 177 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.

**Tüchtiger
Galvanoplastiker**
in angenehme Dauerstellung
möglichst bald gesucht. [105]
Jakob Kasulin, Hagen i. W.

Linolschnitt
für Werkzeuge in Karton liefert
für 3 M. A. Siegel, München 9,
Rotumbusstraße 1.

Der Gesamt-
lage dieser Num-
mer liegt ein Prospekt bei
von der Firma Tuchhaus
Julius Richter in Sprem-
berg (Potsdam), den wir be-
sonderer Beachtung emp-
fehlen.

Am 1. Februar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Am 1. Februar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Außerst tüchtiger Illustrationsdrucker
vertraut mit Univerfial-Kalender, in Dauerstellung gesucht. Außer-
dem benötigten wie folgt ein
[188]

**Tüchtiger
Galvanoplastiker**
gegen hohen Lohn zum sofortigen
Eintritt gesucht. [105]
Angebote unter Nr. 2. 204 an
die Geschäftsstelle des „Korr.“.

**Der Gesamt-
lage dieser Num-
mer liegt ein Prospekt bei
von der Firma Tuchhaus
Julius Richter in Sprem-
berg (Potsdam), den wir be-
sonderer Beachtung emp-
fehlen.**

Am 1. Februar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Am 1. Februar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Am 1. Februar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Tüchtiger Schweizerdegen
für eine Druckformen-Vorbereitungsabteilung gesucht. Tüchtige
Stäfte, die befähigt sind, jede Druckform maßstabsgetreu zu
machen, wollen Angebote unter Nr. 191 an die Geschäftsstelle
des „Korr.“ einbringen.

**Tüchtiger
Galvanoplastiker**
in angenehme Dauerstellung
möglichst bald gesucht. [105]
Angebote unter Nr. 2. 204 an
die Geschäftsstelle des „Korr.“.

**Der Gesamt-
lage dieser Num-
mer liegt ein Prospekt bei
von der Firma Tuchhaus
Julius Richter in Sprem-
berg (Potsdam), den wir be-
sonderer Beachtung emp-
fehlen.**

Am 1. Februar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Am 1. Februar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Am 1. Februar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

**Tüchtigen Maschinenfabrik-
ersten Maschinenmeister**
(Typograph U-11) und einen [193]
zur Leitung des Maschinenbaues für Flachdruck und Stereotypie
für Dauerstellung gesucht. Einweisung an
„Allgemeine Zeitung“, Bad Freienwalde (Oder).

**Tüchtiger
Galvanoplastiker**
in angenehme Dauerstellung
möglichst bald gesucht. [105]
Angebote unter Nr. 2. 204 an
die Geschäftsstelle des „Korr.“.

**Der Gesamt-
lage dieser Num-
mer liegt ein Prospekt bei
von der Firma Tuchhaus
Julius Richter in Sprem-
berg (Potsdam), den wir be-
sonderer Beachtung emp-
fehlen.**

Am 1. Februar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Am 1. Februar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Am 1. Februar verstarb
unser langjähriger Mit-
glied, der Kollege [208]
Karl Kreppe
in seinem 60. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Brandenburgischer
Maschinenfabrikverein
(Sib. Berlin).

Verlag: Erbenhandlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Helmholz, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Fernruf für den Korrespondent: Berlin, Amt Bergmann 1191, 3141-3145. Druck: Buchdruckwerkstätte, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.